

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkübler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckermaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-  
entgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erscheint jeden Donnerstag.  
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigeschaltete Petit-  
zeile 50 Pf., für die Zählfelder 30 Pf.

## Stockungen im wirtschaftlichen Leben.

II.

Man muß es dem modernen Kapitalismus zum Führe nachsagen, daß er es verstanden hat, die natürlichen Kräfte des Massenlebens zu beseitigen und die Verhinderungen zu schaffen, daß jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet wird. Viel besser und erfolgreicher als früher hat er die Naturkräfte: Wasser, Dampf, Luft, Elektrizität in den Dienst der Menschen eingezwängt, er hat künstliche Werkzeuge und komplizierte Kraft- und Arbeitsmaschinen erfunden, er hat vollkommenere Arbeitsmethoden eronnen und durch all dies hat er die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit in geradezu wunderbarer Weise gesteigert. Nicht nur im Gebiete der Gewerbe und der Industrie hat der Menschengenau glänzende Erfolge erzielt, sondern auch in der Landproduktion: Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Bergbau, in der Ertrag der Menschenarbeit wesentlich gestiegen. Wissenschaft und Technik haben sich auch dieser Gebiete bewährt, die Maschine hat auch hier ihren Einzug gehalten, die veraltete Arbeitsweise hat einer rationellen Wirtschaftsweise Platz gemacht und die Folgen all dieser Neuerungen und Verbesserungen zeigen sich in steigenden Erträgen. Es kommt noch hinzu, daß auch das moderne Verkehrswezen einen Umfang angenommen und eine Höhe erreicht hat, daß man den Überflug des einen Landes oder der einen Gegend ohne viele Mühe dorthin bringen kann, wo sich ein Mangel an Unterhaltsmitteln zeigt.

So hat denn in der Tat der Kapitalismus es fertig gebracht, den heineischen Satz wahr zu machen, daß auf Edem Brot genug wächst für alle Menschenkinder. Er ergiebt tagtäglich eine Fülle von Gebrauchsgegenständen aller Art, so daß alles reichlich vorhanden ist, was das Leben gut und schön und angenehm macht. Aber er hat es nicht verstanden, eine Verteilungsweise herbeizuführen, die planvoll und gerecht ist und die bewirkt, daß jeder Mensch auch wirklich seinen Anteil an den Naturgütern und Kulturgütern bekommt. Ganz im Gegenteil hat er eine neue, bisher unbekannte Form des Massenlebens erzeugt, das nicht mehr aus dem Mangel an Unterhaltsmitteln entspringt, sondern aus dem Überflug.

Der Überflug an Gebrauchsgütern, den wir in den Seiten einer wirtschaftlichen Krise beobachten, führt leicht dazu, daß man die Ursache der Krise in der übermäßigen Herstellung von Gebrauchsgütern, in der Überproduktion, erblickt. So viel steht ja fest: weil so viele Waren produziert und auf den Markt geworfen werden, für die kein Bedarf, oder richtiger ausgedrückt, kein Absatz vorhanden ist, muß natürlich eine Überfüllung des Warenmarktes eine Stockung des Wirtschaftslebens eintreten. Der Strom der Waren, für die es an einem Absatz fehlt, fließt in den Speichern, Lägern und Löden, die überschüssigen Waren werden aufgestapelt und werden vergessen auf einen Abnehmer. Es werden eben weniger Waren gebraucht als hergestellt worden sind, und dieses Misverhältnis zwischen Gütererzeugung und Güterverbrauch hat eine Wirtschaftskrise zur Folge. Der Überproduktion auf einer Seite entspricht eine Unterkonsumtion auf der anderen Seite — das ist die landläufige Erklärung für diese Erscheinung des Wirtschaftslebens.

Bei näherer Betrachtung bemerkst man aber bald, daß diese Erklärung das Problem der Wirtschaftskrisen nicht völlig erledigt. Es ist nämlich unrichtig zu sagen, daß der Bedarf an Gütern zu gering wäre. Millionen Menschen haben ein dringendes Bedürfnis nach den verschiedenen Unterhaltsmitteln; aber sie können dies Bedürfnis nicht in ausreichendem Maße befriedigen, weil sie nicht genug Geld haben, um die nötigen Waren kaufen zu

können. So erklärt sich denn die schier wahnwitzige Tatsache, daß Hunderte von Menschen an einem überfüllten Schuhwarenladen vorübergehen, die kein ordentliches Paar Schuhe anzuziehen haben, daß Tausende von hungernden und zerlumpten Menschen vor den hell erleuchteten Schaufenstern stehen, aber auf all die Herrlichkeiten da drinnen verzichten müssen, daß Zehntausende von Menschen in erbärmlichen Höhlen hausen müssen oder gar kein Obdach haben, während zahlreiche Wohnungen leerstehen und auf Mieter warten. Da kann man wirklich nicht im Ernst behaupten, daß nicht genügend Bedarf an Gebrauchsgütern vorhanden sei. Das Misverhältnis zwischen Überproduktion und Unterkonsumtion ist also nur scheinbar die Ursache der Wirtschaftskrisen, in Wirklichkeit muß man der Sache tiefer auf den Grund gehen, wenn man nach einer ausreichenden Erklärung sucht.

Gewißlich leben wir heutzutage nicht in einer Bedarfswirtschaft, sondern in einer warenproduzierenden Gesellschaft. Die Gebrauchsgüter werden, rein volkswirtschaftlich betrachtet, nicht für den Bedarf erzeugt, sondern zum Zwecke des Geldverdienens. Der Bädermeister läßt Brot herstellen, um mit Hilfe dieser Ware dem Käufer das Geld aus der Tasche zu ziehen, nicht etwa in der edlen Absicht, dem Hungernden Nahrung zu verschaffen. Ob viele Leute da sind, die das Bedürfnis haben, Brot zu essen, oder ob weniger da sind, das ist dem Brotproduzenten ganz gleichgültig, für ihn kommt es nur darauf an, daß Leute vorhanden sind, die Geld haben, um Brot kaufen zu können. Das Geld ist die Triebkraft und das Geldverdienen ist der Zweck in der heutigen Gesellschaft. In einer solchen Geldwirtschaft werden alle Waren hergestellt, damit sie von andern Leuten gebraucht und gekauft werden. Eine Ware ist ein Gebrauchsgegenstand für andere, der durch das Mittel des Geldes in fremde Hände übergehen muß, wenn er seinen Beruf erfüllen soll. Geht eine Ware nicht in andere Hände über, weil kein Käufer da ist, so hat sie ihren Beruf verfehlt und bleibt als unverkäuflicher Ladendüster liegen. Die Wirtschaftskrise hat ihre tiefste Ursache darin, daß zu wenig Käufer da sind, sie liegt in dem Mangel an genügender Kaufkraft begründet. Weil so viele Waren hergestellt werden, die nicht gekauft werden, deshalb muß eine Stockung des Wirtschaftslebens eintreten.

Faktisch beobachten wir in der heutigen Zeit deutlich ein schreiendes Misverhältnis zwischen der fortwährend steigenden Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit und der nicht in demselben Maße steigenden Kaufkraft der großen Masse. Dieses Misverhältnis erreicht manchmal einen solchen Höhengrad, daß das Gewerbeleben stockt und daß die Geschäfte danebenliegen, weil zu viel unverkäufliche Waren da sind. Das Übel hat also seinen Sitz nicht in dem Gebiete der Gütererzeugung, sondern in dem der Güterverteilung, und zur Beseitigung der Krisen gibt es nur ein einziges Mittel, nämlich die Steigerung der Massenkaufkraft. Die große Masse des Volkes muß in die Lage versetzt werden, mehr Waren kaufen zu können, um dadurch den Absatz der Waren vom Markt zu vergrößern. Die Arbeitsnachwuchskonferenz der Arbeitgeberverbände, die vor kurzem in Hannover getagt hat, hat merkwürdigweise in der Steigerung der wirtschaftlichen Produktionsfähigkeit den wichtigsten Weg zur Beseitigung der Wirtschaftskrisen erblickt. Dieser Weg ist vollständig falsch; denn wenn man noch mehr Waren herstellen und auf den Markt werfen wollte, ohne zugleich für eine Steigerung der Kaufkraft zu sorgen, so würde das Übel nur noch verschärft werden. Deshalb folgt die moderne Arbeiterbewegung den richtigen Weg ein, um die Wirtschaftskrisen zu mildern und ihre schlimmen Folgen

abzuschwächen. Sie erstrebt nämlich eine Steigerung der Massenkaufkraft durch eine Erhöhung der Arbeitslöhne und durch eine pefuniäre Unterstützung der Arbeitslosen. Die Arbeiter müssen mehr Geld in die Finger bekommen, damit sie mehr Waren kaufen können, ein anderes Mittel gibt es nicht zur Beseitigung der Wirtschaftskrisen. Daß das Unternehmertum und der kapitalistisch verfehlte Staat sich sträuben, diesen einzigen richtigen Weg einzuschlagen, ist höchst bedauerlich. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ist es falsch, die Kaufkraft des Volkes auf einer niedrigen Stufe zu erhalten und dadurch eine Stockung des wirtschaftlichen Lebens herauszubeschwören, und vom menschlichen Standpunkte aus ist es falsch, die Massen im Elend verkommen zu lassen. Brutus.

## Die Entwicklung der Schokoladen- und Zuckerver-

industrie in Dresden.

Die Unternehmer in der Schokoladen- und Zuckerverindustrie Deutschlands sind zwar in den letzten Jahren vielfach dazu übergegangen, ihre Betriebe auch nach ländlichen Bezirken zu verlegen, um die Kosten für Grund und Boden, für die Löhne der Arbeitsträger usw. nach Möglichkeit herabzusetzen, aber trotzdem betrifft einige Großküche das Feld nach wie vor und werden voransichtlich auch in der nächsten Zukunft als Zentren unserer Industrie Geltung behalten. Hierzu gehört in erster Linie Dresden. Es kam uns jedoch Zahlenmaterial zur Hand, aus dem dennoch hervorgeht, daß in der jüngsten Zeit eine Weiterentwicklung unserer Industrie im letzten Jahrhundert sowohl in bezug auf die Zahl der Betriebe, als auch auf die Arbeiterzahl nicht stattgefunden hat. Dieser Umstand ist für unsere Organisation sicher beachtenswert, denn eine langsame Verschiebung der gegenseitigen Machtposition der einzelnen Industriehauptstädte wurde natürlich auch die Maßnahmen der Organisation beeinflussen müssen. Das uns zur Verfügung stehende Material bezieht sich freilich nur auf die eigentliche Stadt Dresden, die weiter abliegenden Vororte Loddwitz usw. in denen mehrere Betriebe eröffnet wurden, sind nicht in Betracht gezogen. Es wird aber immerhin bewiesen, daß die alteingesessenen Dresdner Schokoladen- und Zuckerverarbeitungsbetriebe, als Gesamtheit genommen, ihre Arbeiterzahl nicht erhöhten. Wir werden allerdings in dieser zahlenmäßig reihenden Tatsache nebenher noch einen erneuten Beweis für die ungeheure Entwicklung der Technik in unserer Industrie erkennen müssen! Denn wenn auch an andern Stellen Deutschlands sich ebenfalls oder noch stärkere Fabrikzentren gebildet haben, so hat Dresden trotz des Stillstandes der Arbeiterzahl noch keineswegs einen Stillstand seiner Produktionszahlen zu verzeichnen! Die haben sich ohne Zweifel fortgesetzt stark gesteigert — das dürfen wir nicht übergehen!

Wir entnehmen unsere Angaben einer Arbeit, die Dr. Graack im "Gordian" veröffentlicht hat. Der genannte Herr ruht sich bei seinen Angaben auf die seit 1888 alljährlich am 1. Mai in Sachsen stattfindenden "Arbeiterzählungen", eine Sonderzählung zur Ermittlung der industriellen Bevölkerung, bei der alle Betriebe erfaßt werden, die mindestens zehn Personen beschäftigen oder sich einzelner Betriebskraft bedienen müssen. Durch diese Zählungen wird natürlich die Entwicklung der Industrie besser durchleuchtet, als durch die Gewerbezählungen im Reiche, die nur alle zwölf Jahre stattfinden und auch der Auf- und Abstieg der Schokoladen- und Zuckerverarbeitungsindustrie in Dresden läßt sich an Hand dieser kurzfristigen Schätzungen recht gut verfolgen. Ganz genau allerdings erst seit dem Jahre 1908, weil vorher die Zahl dieser Betriebe mit der Sammelgruppe „Kahrung- und Genussmittelgewerbe“ ausgeführt wurde, also nicht näher erkannter war. Die Zahl der Arbeiter in den einzelnen Branchen ist aber schon immer getrennt geführt worden.

Dr. Graack erwähnt einleitend, daß bereits aus dem Jahre 1830 Berichte vorliegen, nach denen die heute noch bestehende Dresdner Firma Jordan & Timäus damals über 200 Personen beschäftigte. Trotzdem in den folgenden Jahrzehnten mehrere umfangreiche Betriebe gegründet wurden, stieg die Zahl der Arbeiter nur langsam. 1875 wurden dann 602 Arbeitsträger gezählt. Die allgemeine wirtschaftliche Depression anfangs der achtziger Jahre hatte

**A**n den Wahlen zu Gesellenausschüssen und Krankenkassenausschüssen hat sich jedes Wahlberechtigte Mitglied des Verbandes unbedingt zu beteiligen. Wer diese Pflicht nicht erfüllt, verletzt die Interessen der Organisation und kann zur Rechenschaft gezogen werden.

jogat wieder einen Rückgang im Gefolge, so daß 1882 nur noch 496 beschäftigte Personen ermittelten wurden. Eine Ausdehnung der Betriebe mache sich erst wieder Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre bemerkbar und 1895 konnten bei der Gewerbezählung bereits 1415 Schuharbeiter festgestellt werden. In Großbetrieben waren damals zu nennen: Hartwig & Vogel, Jordan & Simaus, Lebed & Co. und Bebold & Kühn. Nun steht aber eine wesentlichere Entwicklung ein. Das Jahr 1903, das zuerst ein völlig klares Bild bietet, ergibt 25 Schuhläden- und Zudertatenhäuser; sie beschäftigen zusammen 2765 Arbeiter. In der nachstehenden kleinen Tabelle, die mit 1912 abschließt, können wir dann die fortwährenden Entwicklungungen in der Zahl der Betriebe und das anhaltende Steigen der Arbeiterzahl bis 1907 verfolgen; wir sehen aber auf, wie eingangs gesagt, daß seit 1907 die Arbeiterzahl zwar abnehmend steigt und fällt, aber nie wieder die Höhe wie 1907 erreicht.

Jahr	Schriftl. Rec.		Jahr	Schriftl. Rec.	
	Seitliche	Stabische		Seitliche	Stabische
1903.....	25	2765	1908.....	24	3762
1904.....	23	3069	1909.....	30	4069
1905.....	25	3461	1910.....	26	3877
1906.....	22	3574	1911.....	24	4092
1907.....	32	4113	1912.....	28	4077

Wen hat nach diesem Zahlenfülle unseres Großherzogs alle Sichertheit, die Einsicht in Dresden weiter von Reise zu Reise zu verbreiten und daß bei den verschiedenen Sitzungen das ergebende Material immer so bald als möglich zu präsentieren.

Quotient ist aber auch noch eine Zusammensetzung. Die Dr. Graaf hat „Gordien“ über die Größe der einzelnem Partie in den verschiedenen Reihen gemacht hat. Er ist in der Weise verfahren, daß er die Partie bis zu 9 Stückchen, weiter von 10 bis 21, von 25 bis 49, von 50 bis 129 und von 130 und mehr Stückchen bestimmt und die Quotienten in jeder Gruppe zusammengefaßt. Er hat dabei zu folgendem Resultat: Es bekommt:

Jahr	Gesamte Anzahl der Bewohner nach Altersgruppen					Gesamte Anzahl der Bewohner
	0-9	10-14	15-19	20-24	25-29	
1900	6	35	48	129	6	591
1901	4	24	30	109	6	609
1902	4	22	25	171	7	640
1903	—	—	5	4	152	343
1904	—	—	5	3	105	738
1905	—	—	5	3	87	611
1906	—	—	5	3	105	826
1907	—	—	5	3	93	568
1908	—	—	5	3	91	317
1909	—	—	5	3	91	323
1910	—	—	5	6	103	306
1911	—	—	5	6	60	91
1912	—	—	5	6	132	533

Eden hat die Zeiten nicht mit den Freuden auf  
unsre Erde, daß die Menschen Freude — wie sagt  
Dr. Graßl jetzt — in Frieden und nach der Gotteslästerung  
leben und der Friede nach dem Frieden geht, wenn man  
der die eingeschlossene Hoffnung verleiht. Wozu ist  
der Friede mit jeder der fünf Gotteslästerungen verbunden.  
Die Frieden ist, was nicht zu viele Zeiten geben zu wollen,  
und das kann nicht ohne lange Ruhe vorkommen. Es kommt  
dann erst die Gnade.

	1-4	5-14	15-49	50-100	100+
1982.....	1.27	1.74	4.65	21.37	70.95
1982.....	0.95	2.99	1.89	13.07	81.09

Um zur best. Zeit nach Wiesbaden zu gelangen, so kann auf die Linien nach Mainz oder Kassel bis zu 40 Minuten Zeit gespart werden auf die Gegenlinien nach Kassel nur 14.16 Uhr der frühesten Schleppverbindung.

Die Schriftsteller und Pädagogenkongress für die  
Freiheit und Unabhängigkeit der Republik des Großherzogtums Luxemburg — in die nach dem Krieg hier noch geholt!

Wiederum deutliche zeigen die verbündete Macht  
des Dr. Goedt gegen viele hundert kleinere Organisationen  
die Freiheit und Unabhängigkeit der Großherzogtum. Er kann und muss  
aber aus der bestehenden Verbindung zwischen Luxemburg und  
seinen kleinen Brüdern — die großen Geschäftsführer  
und andere Großherzöge gegen uns ja im allgemeinen  
verbündet sind, wie es sich aus den Vorfällen des Großherzogtums  
ergibt. Aber die im „Gebiet“ verbliebene Macht erkennt  
dass diese Bevölkerung überzeugt und fest im Beisein  
der Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Brüder nach dem  
Krieg wiederum Unabhängigkeit im Großherzogtum Luxemburg zu haben  
wolltend bestreben hat. Dr. Goedt kann ei-  
gentlich nur auf die unbedeutende Macht der  
großen politischen Parteien aufmerksam machen.  
Der Großherzog, der  
eigentlich die Macht hat die nicht über die Partei der Katho-  
liken ist, ist auch ein Katholik, heißt sie in den Mün-  
chenischen Zeitungen eine verdeckte Katholische Partei —  
die nicht mit dem Großherzog zusammenfassen. Gehen wir  
nicht zurück zu der für mich den Unterschied zwischen  
den alten Großherzögen und den neuen Luxemburgern? Die  
politisch sehr konservative Partei und darüber hinaus.

Stadt	Arbeiterinnen	Stadt	Arbeiterinnen
1903.....	1780	1908.....	2517
1904.....	1991	1909.....	2634
1905.....	2998	1910.....	2548
1906.....	2390	1911.....	2711
1907.....	2818	1912.....	2725

Während also die Arbeiterschaft im ganzen genommen seit 1903 um 47,48 p<sup>ct.</sup> zunahm, ist die Zahl der Arbeiterinnen für sich allein um 53,09 p<sup>ct.</sup> vermehrt worden. Und im Jahre 1912 waren von den 2725 Arbeiterinnen in den einzelnen fünf Gruppen beschäftigt im Betrieben mit

1—9 Arbeiter	10—34 Arbeiter	35—49 Arbeiter	50—149 Arbeiter	150 und mehr Arbeitern
-----------------	-------------------	-------------------	--------------------	------------------------------

Betr. mit Bier wieder, wie oben, nur zwei Größen-  
gruppen bilden, so haben wir in den kleinen und mittleren  
Betrieben eine Gesamtzahl der Arbeiterschaft von 238 und  
darauf 142 Arbeiterinnen. Das sind 59 p3t. Nehmen  
wir die der Großbetriebe von 50 Sectionen an, so kommen  
wir insgesamt 3539 Stände 2588 Arbeiterinnen, gleich  
67,3 p3t.

Mit der Größe der Betriebe rechnet also auch die Tendenz der Verantziehung der billigen weiblichen Arbeitskräfte immer weiter.

Die gewünschten Darlegungen regen hoffentlich wieder dazu an, daß nicht nur in Dresden, sondern allerorten die inneren Geschäftsläufe des Betriebe in bezug auf die Belegschaft und die Verteilung der Gehälter immer genauer verfolgt und fortlaufend studiert werden. Je mehr nämlich die Organisation mit allen Geschäftsmethoden auf ihrem Arbeitsfelder kontrahirt und mit ihnen nichts vertraut bleibt, um so weniger wird sie — besonders bei den ihr am gegebenen Stützen — durch irgendwelche Umstände überzeugt werden können. Vor Angriffsschämpfen kann ja das Feld nicht genau genug durchsucht werden (oft genug gibt es aber auch hier nach großer Unterlassungsschwäche, bei Angriffschämpfen eine Beweisfrage über das Recht eines klaren Heeres noch erübrigend beurtheilt zu haben und nicht mehr daran Interesse). Es ist jedoch so: um ausgebereit zu sein, müssen wir so gut wie die Unternehmensorganisation und jederzeit davon unterrichtet, wie steht die genaue Stellung in einem Einzelbetriebe und was ist. Und dem allgemeinen Fluß der industriellen Geschäftsläufe den Ort zu tun müssen wir gleichfalls unsere entsprechende Aufmerksamkeit widmen.

**Sonkoff = "Rediffusion".**

**6 Meiste Gejagte für ein Jagdfettflugblatt!**

Am 11. Dezember wurde vor der Kollegie Adolf Suhrig und Schökel wegen Bedrohung und Körperverletzung vor dem Richter einen Strafprozeß verhandelt. Der mitverhandelte Kollege Julius Ritter war ausgeschlossen, und das Gericht bestätigte den vom vorigen Termin vorstufen zu leisten. Gegen Suhrig lautete das Urteil auf jedes zweite Gefängnis. Der Staatsanwalt batte sogar neben zweitem Gefängnis eine sofortige Verhaftung beantragt. Die Strafvollstreckungsbehörde Wetzlar wurde freigesprochen. Darauf erhielt ihre ebenfalls amitierte Kollegin Gerda eine Gehaltszulage von M 150 gewährt.

Der Anfang legt eine Flugblätter zugrunde, die während der Russischen Kriege im Mai 1913 in Breslau und der Umgegend verbreitet wurden. In diesen Flugblättern wurde das arbeitsmarktfähige und intellektuelle Potential einer jungen Ritter und Soldat aus dem Landkreis an den Durchsicht breitflächiger Betriebe beleuchtet. Bekannt wurde die Ritter nicht gerade in Preußen und Umgegend aufgrund ihrer wahren Schriftgängigkeit unter die breite Öffentlichkeit. Die Flugblätter sollten das bestehende Recht über viele möglichen Zustände im betrieblichen Bereich aufklären und es wurde die Allgemeinheit aufgefordert, die gewünschten Weiber in feiner Weise zu unterstützen. Wie obenbeschriebener Berichterstatter betonten gezeigt, während Ritter als Berichterstatter im Zweiten Weltkrieg die Freie Wm. die den Produktionsbetrieb gewährten mit ihren Taten füllte, und die Flugblätter entsprechend waren.

Auf die Beschwerden des benannten Reiters erfuhr die Staatsanwaltschaft gegen die oben bezeichneten Angeklagten im öffentlichen Interesse seinen Rechtszustand zufließ.

Bei der Durchzeichnung vor dem ersten Strichfahnenmerkmal passend folgen müssen. Nach einem Zeil der Längssteile ist der Rest des Kastens gezeichnet werden, wodurch die in den Rückenformen befindlichen Zeilenenden nicht mehr nach entstehen werden. So kommt es zum Beispiel bei solchen Fällen, daß der nach beendigter Rückendeckung Schuh eine Schlinge und nach einer einzigen Schleife ein zweites Schleifstücke. Hierauf ist die Rückendeckung zu überprüfen und zu korrigieren. Wenn trotz jedem einzelnen Schleifstückes ein Fehler entsteht, kann man jedoch die Rückendeckung unter solchen Arbeitsverhältnissen so viel arbeiten müssen wie ein Schuh zwei Schleifen. Die Rückendeckung besteht aus einer Reihe von Schleifen im Rahmen konzentrischer Kreise. Beide Schleifen sind durch einen Zentralstrich miteinander verbunden. Der Zentralstrich verbindet zwischen zwei und fünf bis sechs Bebenbildung, die unregelmäßig zu verstreuen sind. Eine Linie soll alles und noch darüber darüber ausziehen in der Schleifzeichnung festgehalten. Beide Schleifen sind nach dem Zentralstrich nach oben nach oben aufzuziehen. Schließlich wird die Rückendeckung nach unten aufzuziehen.

begründung zu gestehen müssen, daß ein Teil der in den Flugblättern behaupteten Tatsäcchen als wahr nachgewiesen worden ist.

Über weiß sich nun nicht alles beweisen ließ, was Hubrig geschrieben hatte, deshalb beantragte der Staatsanwalt nicht weniger als sieben Monate Gefängnis gegen ihn. Das Gericht erkannte auf jehs Monate Gefängnis, wobei hervorgehoben werden muß, daß H. noch nie in seinem Leben eine Strafe, nicht einmal eine Geldstrafe erlitten hat. Rechtsanwalt Bandmann wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß der Angeklagte von seinem Standpunkte nur das Beste bezweckt hat, nämlich die Besserung seines Standes, denn er selbst angehört. Wenn auch nicht alles lückenlos bewiesen sei, so könne man doch nicht behaupten, daß Unbeweisene sei beschuldigt erlogen und erfunden. Keineswegs wird eine Behauptung, deren Beweis nicht vollkommen glückt, schon deshalb zu einer Verleumdung. Begründet wurde das unverständliche harte Urteil unter anderm damit, daß auch „mit Recht“ im Reichstage schon darauf hingewiesen worden sei, öffentliche Bekleidigungen nicht leicht zu nehmen. Die Ehe sei ein Rechtsgut. Sie zu schützen und zwar wirksam sei Aufgabe der Gerichte. Ein Anlaß, den Angeklagten Hubrig sofort zu verhaften, liege nicht vor.

Wenn in Zeiten des wirtschaftlichen Lohnkampfes seitens der Arbeiter wirklich ernstige Worte gebraucht werden, so sollten doch die Gerichte dieser begreiflichen Kampfeszeit eine Beurteilung tragen und nicht verbrennen, mit welchen rigorosen und ungesetzlichen Mitteln man auf der andern Seite, wo das Unternehmertum steht, den um besseres Brot kämpfenden Arbeitern begegnet. Da ist aber noch kein Unternehmer auf sechs Monate eingeholt worden! Solche drastische Strafen werden eben über Arbeiter verhängt, um sie von einer durchgreifenden Verbesserung ihrer Lebenslage abzuhalten, ein Ziel, das aber nie erreicht werden wird. Im Gegenteil! Die Empörung der Arbeiterschaft wird durch derartige harte Urteile nur immer aufs neue geweckt und sie wird um so unentwegter ihre Ziele nachstreben!

## Gaftpflicht für Flugblätter und Überschreitung der Sonderposten.

Eine Entscheidung, die in den Reihen der kämpfenden Arbeiterchaft ebenfalls Entzürnung hervorrufen wird, hat der IV. Zivilsenat des Sachsischen Oberlandesgerichts zu Dresden zur Frage der Haftung für Flugblätter und Überschreitungen der Postboten getroffen. Der Fleischhermeister Hahn in Leipzig-L. batte gegen den Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen eine Schadens

etriebsschäden angeht, weil er durch den Verlust der Flugblätter und die ausgejagten Streifposten in seinem Betriebshofe Schaden erlitten haben wollte. Das Oberlandesgericht Dresden hat der Klage stattgegeben und hierzu ist wesentlich folgendes ausgeführt: Es frage sich zunächst, ob die zur Erreichung des Zwecks gebrauchten Mittel unstilllich gewesen seien. Dies würde dann der Fall gewesen sein, wenn sich in den Flugblättern wahrheitswidrige Darstellungen befänden. Hierbei seien an die Veranlasser eines Bobfotts insoweit strenge Anforderungen zu stellen, als diese von Erfahrung einer in das Erwerbsleben des davor Betroffenen so einflussreiche Maßregel wie dies die Verfügung der Geschäftsparte sei, besonders vorsichtig zu prüfen hätten, ob die tatsächliche Grundlage dieses Vorgehens auf Wahrheit beruhe. Es müsse vorherrschen, wenn sie durch Flugblätter eine Spurke durchsetzen wollen, verlangt werden, daß sie den Sachverhalt wahrheitsgemäß darstellen. Zu dem Flugblatt seien aber über die Befreiung der Gesellen grobe Entstellungen der Wahrheit enthalten. Der dem Meister gemachte Vorwurf, die Zustände in der Befreiung seien ganz unerträgliche geworden, und die hier zugegebenen, geringe Mängel in übertriebener Weise entstellenden Einzelheiten seien besonders geeignet, die Leidenschaften des großen Publikums aufzustacheln und die, wenigstens zu einem Teile aus Arbeitern bestehende Kundschaft dem Meister abschreckend zu machen, der sein Geschäft in einem, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zu einem erheblichen Teile von der Arbeiterbevölkerung bewohnten Vorortte Leipzigs betreibe. Wenn ein Meister seinen Gesellen einen Teil ihrer Erziehung durch Befreiung zu gewähren habe, so verstehe es sich von selbst, daß die zu verabreichende Stoß genügend sein müsse; die Beischuslösung unguteidender Verabreichung der Stoß komme auf dasselbe hinaus, als wenn ihm die Befreiung des bei zu zahlenden Lohnes vorgeworfen werde, und enthalte den schweren Vorwurf einer gräßlichen Verleugnung seiner Vertragspflichten, die geeignet sei, den Meister in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und ihm Kunden zu entziehen. Auch durch das Verhalten der Bobfott-Streifposten sei der Meister im Betriebe seines Geschäfts erheblich gestört worden. Wenn auch die Aufstellung von Bobfottruhen in gleicher Weise wie den Streifposten nach den bestehenden Gesetzesordnungen verlaubt zu halten sei, so werde die Maßregel doch dennoch unerlaubt, wenn sie mit Belästigungen der Kundschaft, mit einer förmlichen Verordnung des beherrschenden Gesetzestatutes und Störungen der öffentlichen Ordnung verbunden sei. Die Klagen befient für alle und jede zur Durchführung des Bobfotts vorzunehmenden Störungen nicht nur für die von den Reitern selbst verübten. Es erfordere jedoch sie auch dafür einzuziehen, wenn sich große Menschenmengen vor dem Laden des Reiters angestaut haben, durch die der Verkehr gehört und Kunden auf Einsicht in den Laden verhindert werden sind. Wer gegen etwa Schwerbehinderten ein an sich zwar aufhaltiges, aber wahrscheinlich gleichzeitiges und in keinen Abstand zu einflussreicherem Mittel ausweiche, wie dies der öffentliche Bobfott zur Durchführung durch Ausstellung von Bobfottruhen

sei, müsse auf das sorgfältigste verhindern, daß hierbei irgendwelche Ausschreitungen oder Unzuträglichkeiten vorkommen; er habe nicht bloß die von den ausgestellten Geigen selbst verübten Ungehörigkeiten zu vertreten, sondern auch für den Schaden einzustehen, der eine nur mittelbare Folge dieser Ungehörigkeiten sei; bei Anwendung gehöriger Sorgfalt müsse der Veranstalter eines Boykotts sich jagen, daß durch das Verhalten der Boykottposten und Flugblattverteiler das große Publikum aufgeregert und zu Ruhestörungen und Ungebührlichkeiten veranlaßt werden könne, die bei Nichtausstellung von Boykottposten unterblieben seien würden; er habe also auch mit dem Entstehen weiterer Schäden rechnen müssen. Wenn nach den Grundsätzen des Bürgerlichen Gesetzbuches die Voraussetzbarkeit des Schadens kein Erfordernis für die Haftbarkeit aus demselben sei, so müsse umgekehrt derjenige, der bei Vornahme einer schädigenden Handlung den Eintritt eines Schadens herurachen könnte, für diesen in vollem Umfang einstehen. Es handle sich hier nicht etwa um Folgen einer an sich erlaubten Maßregel, die außerhalb des Bereiches aller Wahrscheinlichkeit gelegen und deshalb von den Verantwortlern des Boykotts auch bei Anwendung aller im Vertrag erforderlichen Sorgfalt nicht hätte vorausgesehen werden können, sondern um nachteilige Folgen, wie sie erfahrungsgemäß sehr häufig vorkommen, mit deren Eintritt die Urheber also im voraus bei Beobachtung pflichtgemäßer Sorgfalt rechnen müssten. — Dass dem Meister durch die mit den vorgelömmenen Ausschreitungen verhinderte Störung überhaupt ein Schaden entstanden sei, sei schon an sich anzunehmen und nicht zu bezweifeln. Für diesen von ihnen verschuldeten Schaden lasten die Vorstandsmitglieder des Centralverbandes der Fleischer als Gemeinschaftsnachfolger. (Altenzeichen O. L. 4054/12.)

Das ist eine in ihren Einzelheiten auch geradezu unglaubliche Begründung. Kurz und bündig hätte das Gericht einfach sagen können: „Ein straffreier Boykott muß geleitet werden, daß kein Mensch etwas von ihm wahrnimmt“, dann hätte es sich alles weitere Darumherumreden ersparen können. Nun, wie schon oben gesagt, die Arbeiterschaft läßt sich durch solche Urteile nicht stören und die Partei des Boykotts wird trotz allem nach wie vor mit der gewöndigen Schärfe geführt werden.

## Der christlich-nationalen Arbeiterkongress in Berlin.

Die christlich-nationalen Herrschaften, die am 30. November im Berliner Lehrervereinshaus zu einer dritten Tagung sich zusammenfanden, erfreuen sich doch einer hohen Bönenhaft. Ihren zahlreichen Repräsentationsanladungen waren verschiedene Abgeordnete, ein Vertreter des Reichskanzlers, des preußischen Handelsministers, der Gesellschaft für soziale Reform und andere gefolgt. Dass der Kaiser Villiet für das Schauspiel- und Opernhaus zur Verfügung stelle, wird sicher von den Herrschaften als eine einzige Anteilnahme des Kaisers an ihrer Bewegung gedeutet. Ein Ergebenheitstelegramm war denn auch der Dank für die kaiserliche Güte.

Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Behrens, sprach in seiner Begrüßungsrede aus, daß die Sicherung des Koalitionsrechts für die Arbeiter und Angestellten bis zur Stunde noch nicht völlig erreicht sei. Diese Forderung müsse erneut erhoben werden. Der Mißbrauch des Koalitionsrechts durch die Sozialdemokratie dürfe nicht der Vorwand sein, um die Lebensbedingungen einer aufrechten Standesbewegung der christlich und wahrhaft national gebliebenen Arbeiter und Angestellten zu unterbinden. Die Leistungsvorstellungen, die sich zu wahren Notständen für die Massen auswachsen, stellen die Frage einer ausreichenden Lebensmittelversorgung in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Redner verlangte dann vom neu geschaffenen Kartell der Großindustrie, Landwirtschaft und des Mittelstandes, daß auch der Arbeiter- und Angestelltenstand dort vertreten sein müsse; er schüttelte die Gelben von den Christlich-Nationalen ab, wendete sich gegen ein neues Arbeitswilligen-Schulgeseck und schloß mit einem Kaiserhoch.

Nachdem begrüßte Oberregierungsrat Sievert im Namen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs Dr. Delbrück den Kongress und wünschte seinen Verhandlungen guten Erfolg. Nach den Ansprachen verschiedener Vertreter der parlamentarischen Fraktionen der Rechten gab dann der unvermeidliche Graf von Posadowsky seine Erfahrungen über die Bekämpfung der Sozialdemokratie zum besten, bei der, wie er versicherte, viel Objektivität, noch mehr aber Geduld geübt werden müsse. Ein Herr Sievert, von den Berliner christlich-nationalen Arbeitern, bemerkte es schmerzlich, daß der Berliner Oberbürgermeister und der Magistrat der Einladung dieser würdigen Tagung nicht gefolgt seien. — Danach erstattete Behrens den Bericht des Ausschusses.

Am zweiten Verhandlungstag referierte Redakteur Dr. W. Gladbach über: „Nationale Entwicklung und soziale Bewegung.“ Nach ihm sprach Abgeordneter Giesberts über: „Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner.“ Er befürwortete eine lange Resolution, die forderte: 1. Die weiteste Aufklärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit, den Charakter und die Wirkungen der sozialen Giegegebung und des Arbeiterschutzes; 2. daß sich die Regierung und die Parlamente von ihren Entschließungen durch die sozialwirtschaftlichen Bestrebungen in bezug auf den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung in seiner Weise beeinflussen lassen; 3. daß die neuauftretenden Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter bei Regierung und den Parlamenten entschiedene Zurückweisung finden, da jede Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter, namentlich des Koalitions- und Vereinorechts, und die Abweichung der sozialen Gesetzgebung den beständigen Widerstand aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei bedeuten müsse und nur geeignet sind, die Klassengegensätze zu verschärfen. Der Kongress empfahl als wirksames Mittel zur Abwehr gegen die antisozialen Strömungen die Starung des auf christlichem und nationalem Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten. In dieses Referat schloß sich eine sehr lange, zum Teil

Thomas - Berlin vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband trat lebhaft für die vollständige Sonntagsruhe ein, und hielt eine antisemitische Hetzerede. Einen großen Widerspruch fand die Rede des Delegierten der katholischen Arbeiterverbände Berlins, Ostat. Nicht er. Dieser führte zunächst aus, daß der Hauptprofit in die Tasche der Großkapitalisten fließe. Er trat für die Wahrung des Koalitionsrechts ein, meinte aber im weiteren Verlaufe, daß die Streiffreiheit für die Arbeiter ein großer Nachteil sei. (Stürmische Unterbrechung.) Wenn die Arbeiter etwas erreichen wollen, dann müssen sie sich in katholische Fachvereine nach dem Grundzirk der leichten päpstlichen Enzyklika organisieren. (Stürmische Unterbrechung und Schlaftrufe.) Der Redner schloß darauf mit stürmischem Widerspruch, indem er sich nochmals gegen die Streiffreiheit aussprach.

Kohmann - Berlin führte aus, man solle nicht zu sehr gegen das in Leipzig gebildete Kartell der schaffenden Stände vorgehen, man müsse zunächst den praktischen Erfolg abwarten. (Stürmischer Widerspruch.) Abgeordneter Schiffer konnte dem Redner in seiner Weise beipflichten. Der schriftstellerische Zentralverband deutscher Industrieller sei doch zur Kenntnis bekannt. Die Führer des Bundes der Landwirte sind sämtlich für Beschränkung, womöglich für Abschaffung der Koalitionsfreiheit. Es sei deshalb dringend notwendig, gegen diese Art Kartell entschieden Front zu machen. Es sprachen alsdann noch Fräulein Behr - Berlin für den Schutz der Heimarbeiterrinnen, Friederike - Neuendorf für den Schutz der Bergarbeiter, Theresia - der Gastwirtsgehilfen Max Voß - Leipzig für die Gastwirtsgehilfen.

Es wurde alsdann mitgeteilt, daß Richter nicht im Namen sämtlicher katholischen Arbeitervereine, sondern nur im Namen des Verbandes der Berliner katholischen Fachverbände gesprochen habe. Die Anträge Richters, der Resolution Giesberts' hinzuzufügen: „auf dem Boden der christlichen Kirche usw.“, wurde mit allen gegen etwa zehn Stimmen abgelehnt, dagegen die Resolution Giesberts' gegen diese Minderheit angenommen. Außerdem wurden noch eine Reihe Resolutionen angenommen, die sich auf die Einführung der Sonntagsruhe, auf den Schutz der Heimarbeiterrinnen, der Bergarbeiter, der Arbeiter in der Nahrungsmittelebranche usw. erstrecken. Sodann wurde die Verhandlung auf Dienstag vormittag 9 Uhr verlegt.

Am dritten Verhandlungstage hatte die Besprechung des Koalitionsrechtes das weitgehendste öffentliche Interesse. Der Landtagsabgeordneter Andre - Stuttgart hielt das Referat über die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsberechtes für die Angestellten und Arbeiter. Er befürwortete eine längere Resolution, in der geschildert wird: Der Kongress beschließt 1. die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Ausnahmegesetzes; 2. den Ausbau des Koalitionsrechtes in dem Sinne, daß der rechtmäßige Gebrauch gewährleistet und Verzweiflungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauchs des Koalitionsrechtes, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unter Strafe gestellt werden; 3. daß das Streikostenstehen gegenüber den polizeilichen Willkür als ein im wirtschaftlichen Kampfe erlaubtes Mittel zu erklären ist; 4. die Sicherung und weitere Ausgestaltung des Tarifvertrages mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern nebst der Errichtung eines Zentralinstitutes zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau zu einem Reichseinigungsamt; 5. daß das Vereinrecht der Landarbeiter für das ganze Deutsche Reich einheitlich zu gestalten und auszubauen ist; 6. die Schaffung eines einheitlichen Staatsarbeiterrechtes. Der Kongress spricht der Reichsregierung und dem Reichstag Dank und Anerkennung aus für die wiederholte Ablehnung schriftmacherischer Bestrebungen, die gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichtet sind und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auch die neuen Versuche des vereinigten Unternehmens, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, aus wirtschafts-, sozial- und staatspolitischen Gründen entschieden Ablehnung erfahren werden. Der Redner bemerkte, daß die Staatsarbeiter, sowohl sie im öffentlichen Verkehr beschäftigt sind, wie die Eisenbahnarbeiter, nicht das Streikrecht verlangen, jedoch ein Gesetz, wonach ihre Lebenshaltung eine solche ist, daß sie nicht notwendig haben, zu urteilen.

In der Debatte, in der sich fast alle Redner mit der Resolution einverstanden erklärt hatten, bemerkte Alois Waldenburg i. Schl., er sei Vertreter des katholischen Fachvereins, Sitz Berlin, und könne sich dem Antrage des Referenten nicht ohne weiteres anschließen. Er und die Mitglieder des katholischen Fachvereins stehen nach wie vor fest auf dem Boden der päpstlichen Enzyklika und verlangen die Beibehaltung des § 153 der Gewerbeordnung. (Stürmischer Widerspruch.)

Abgeordneter Brust bemerkte dem Redner, daß sie schlimmer seien als die Gelben. Wiebke - Duisburg erklärte, die Ausführungen des Kollegen Kloß müßten dahinführen, daß Millionen weiterer Arbeiter sich der Sozialdemokratie anschließen. Im Schlusswort bemerkte Landtagsabgeordneter Andre, er verstehe nicht, aus welchem Grunde sich die Mitglieder des katholischen Fachverbandes dem Kongresse angeschlossen haben.

Die Abstimmung über die Resolution soll morgen erfolgen.

Diesem Referat vorher ging ein Vortrag Stegert - Wald - Köln über Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung. Der Redner verlangte in einer Resolution, die der Kongress annahm, vom Staat, dem Kreditwesen in der Landwirtschaft die größte Aufmerksamkeit zuwidern, die innere Kolonisation und Umsiedlung von Vorländern fortzuführen, bevorstehenden Handelsverträgen Erleichterungen zu gewähren, keine weitere Erhöhung der Zölle oder neue Zölle auf Lebensmittel einzuführen und Lebensmittelämter zu errichten. Neben die Lebensmittelversorgung entwickelt sich ebenfalls eine lange Debatte, wobei Bühl - Kattowitz sich zum Teil gegen die Leitsätze Stegerts wendete. Schuld an der Lebensmittelsteuerung sei die fehlanlaufende Freizügigkeit der Landarbeiter. Dadurch herrsche auf dem Lande Arbeitermangel, und die Landwirtschaft sei nicht imstande, genügend zu produzieren. Die Landwirtschaft müsse gesüchtigt werden. Er sei allerdings nicht für Erhöhung der

Zölle, aber keineswegs für den Abbau. — Die weiteren Redner traten Bühl scharf entgegen.

Den Verhandlungen wohnte zum größten Teil wiederum der Geh. Oberregierungsrat Sievert bei. Die Verhandlungen werden Mittwoch fortgesetzt.

In der Mittwochssitzung wurde zunächst nach kurzer

Debatte der gestellte Antrag des Landtagsabgeordneten Andre - Stuttgart bezüglich der Koalitionsfreiheit mit allen

gegen etwa zehn Stimmen angenommen.

Dann beschäftigte sich der Kongress mit der Wohnungfrage. Stadtrat Dr. Boldt - Dortmund wies in längerer Rede auf die schlechten Wohnungsverhältnisse in den Großstädten und Industriorten hin. In Groß-Berlin wohne die weitaus größte Mehrzahl der Minderbemittelten in den erbärmlichsten Hoftwohnungen, zumeist aus einem Zimmer und einer Küche bestehend. Bisweilen stehe ihnen auch nur ein Raum zur Verfügung. Welche verheerenden Wirkungen diese Wohnungsmisere auf den Gesundheitszustand ausübe, sei kaum auszudenken. Diese schlechten Wohnungen bilden den besten Nährboden für Tuberkulosekrankungen. Die Krankenkassen, Gemeinden, Landesversicherungsanstalten würden Millionen von Unterstützungsgeldern sparen können, wenn die Minderbemittelten bessere Wohnungen haben würden. Dieses Wohnungswesen ruiniere das Familienleben und fördere den Alkoholismus und das Skeptizismus. Schuld hieran habe in der Hauptsache die überhandnehmende Terrainspekulation.

Der zweite Berichterstatter, Arbeiterssekretär Wihelm Behr - Gladbach, befürwortete eine sehr lange Resolution, in der es in der Hauptstelle heißt: Den preußischen Wohnungsgesetzentwurf begrüßt der Kongress, weil er gegenüber den bestehenden Zuständen immerhin wertvolle Verbesserungen bringt. Unter Verstärkung der mangelschlechten Wohnungsverhältnisse in fast allen Großstädten, und ganz besonders in den aufstrebenden Industriestädten, erscheint dieser Entwurf keineswegs ausreichend, um eine wirklich durchgreifende und wirkliche Hilfe zu sichern. Der Kongress erachtet es deshalb als dringend notwendig, daß der vorliegende Entwurf des preußischen Wohnungsgesetzes, entsprechend der am 22. Mai 1912 im Reichstag angenommenen Resolution, ergänzt wird. Im weiteren macht der Berichterstatter eine Anzahl Verbesserungsvorschläge und schließt: Der Kongress bedauert es außerordentlich, daß außer den vereinigten Haus- und Grundbesitzern auch einzelne Kommunen den Wohnungsgesetzentwurf energisch bekämpfen, wodurch die schon lange notwendige gesetzliche Wohnungsgesetzgebung auf einen langen Zeitraum verzögert wird. Von den Gemeinden erwartet er, daß sie ihren Widerstand gegen den Wohnungsgesetzentwurf aufgeben, und wünscht, daß die Gemeinden sich mehr als bisher im Sinne einer fortschrittlichen Wohnungspolitik betätigen. Der Antrag bezüglich der Wohnungfrage wurde mit einem Zusatzantrag angenommen, wonach eine weibliche Wohnungsausübung für notwendig erklärt wird. — Gewerkschaftssekretär Walther - Görlitz sprach hierauf über die Arbeitsslosenversorgung. Die Unternehmer befürchteten, bei dem Arbeitslosenfürsorgegesetz in Antritt genommen zu werden. Das abgebräuchte Schlagwort, wer arbeiten will, finde immer Arbeit, ist eine grobe Unwahrheit und Selbsttäuschung. Dagegen sprechen schon die mannsachen Ursachen der Arbeitslosigkeit, wie technische Neuerungen, Rücken, politische Konflikte, wie die Balkankriege, Wechselfe der Koden, Erhöhung der Arbeitsstunden. Lieber den Umfang der Arbeitslosigkeit lasse sich bis jetzt noch keine Übersicht machen. Die Folgen der Arbeitslosigkeit seien überaus verhängnisvoll. Die Eigentumsdelikte mehren sich. Viele Arbeitslose finden den Weg zu einem geordneten Leben nicht mehr zurück, werden irre an Gott, Staat und Gesellschaft und fallen der Umwurtpartei anheim. Eine wirkliche Arbeitslosenfürsorge ist datum schon aus Gründen der Klugheit und Staatsräson sowie aus menschlichen Gründen eine dringende Notwendigkeit. Die vollkommene Lösung der Arbeitslosenfrage wäre natürlich eine Beschaffung von Arbeit für alle, die arbeiten wollen. Das ist aber schwer. Durch Bismarck erkannte allerdings schon vor 30 Jahren in gewissem Sinne ein Recht auf Arbeit. Es müsse nicht nur der Schutz der nationalen Arbeit, sondern auch der Schutz der nationalen Arbeitsteilung gefordert werden. Leider seien aber diejenigen, die den Schutz der nationalen Arbeit fortwährend betonen, gerade dieselben Leute, die obwohl in Deutschland Hunderttausende arbeitslos seien, unaufhörlich fremdländische Arbeiter ins Land hineinziehen. Der überallige Arbeitslosenkonkurrenz der gerings und kulturell hinterliegenden ausländischen Arbeiter, deren Zahl zurzeit in Deutschland über eine Million beträgt, muß durch Regierung und Parlament ein Ziel gesetzt werden. Die vernünftige Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit wäre ein vorbeugendes Mittel. Redner befürwortet außerdem die innere Kolonisation. Das wichtigste Mittel sei Einführung einer Arbeitslosenversicherung, die auf dem Grundsatz der Solidarität beruht. Das Durchgreifendste wäre eine Reichsarbeitsslosenversicherung, wie sie bereits in verschiedenen Staaten besteht. Auch eine Anzahl Kommunen, besonders in Württemberg, sei mit der Arbeitslosenfürsorge vorangegangen. In Charlottenburg wäre beinahe eine Arbeitslosenfürsorge geschaffen worden, wenn nicht die Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung dagegen gestimmt hätten. (Hört! hört!) Die bürgerliche Gesellschaft, schließt der Redner, kann unmöglich den Arbeitern und Angestellten allein die Folgewirkungen der Produktionsstörungen und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit ausbürdnen. Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen aber sind Rückschlüsse, aus denen die Sozialdemokratie idort. Das haben die Sozialdemokraten auch mehrfach selbst bewiesen. Wir dürfen diese Kunde am Volkswort nicht offenhalten, sondern müssen sie möglichst bald und mit dauerndem Erfolg heilen. (Stürmischer Beifall.) Redner befürwortet alsdann in einer längeren Erklärung eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung. Da zugleich einer Durchführung der Forderung noch größere Schwierigkeiten entgegenstehen, empfiehlt der Kongress, die schon in manchen Gemeinden eingeführten freiwilligen Arbeitslosenkassen in Anlehnung an die gewerbliche Arbeitslosenversicherung in möglichst vielen Orten einzurichten. Zu den Kosten haben die Versicherten, ferner die Gemeinden, auch die Bundesstaaten und das Reich bei-

zuholen. Die leisteten sollten auf die Gemeinden im Sinne der Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung einwenden. Die Arbeiter aber mögen nach wie vor auf die weitere Einführung der Arbeitslosenversicherung auf dem Wege der Selbsthilfe innerhalb ihrer Berufsgemeinschaften hinarbeiten und das bereits Betriebende weiter ausbauen. Der König erwartet die Regierung dringend, zubereitigere Grundlagen zur Beurteilung des Umfangs der Arbeitslosigkeit zu liefern. Dies kommt jedoch durch periodische und allgemeine Arbeitslosenzählungen, insbesondere durch gründliche Zählungen unter Zuhilfenahme der Arbeitgeberverbände. Zur Verbesserung der Statistik würden alle Arbeitgeberverbände, auch die der Unterpflanzwerke, durch die zukünftigen Reihenfolgen zur Beleidigung verpflichtet werden. Es folgt noch hieran eine sehr lange und lebhafte Diskussion, in der unter anderem verlangt wurde, es müsse eine Strafe gestellt werden, ausländische Arbeiter zu befrachten, solange noch ausländische Arbeiter zu haben seien. Es wurde allerdings noch ein längerer Antrag des Abgeordneten Schreiter angenommen, der verlangt, dass zur Vervollständigung der Sandfuchs die Landarbeiter organisiert und Geisze geöffneten werden, wosach den Sandarbeitern das Rechtsschutzrecht vollständig gewahrt, so dass sie für gleichberechtigte Staatsbürger zum Geiszen nicht angefeindet werden.

Sei der Stab! zum Abschluß wurde ein Bericht der fachlichen Arbeitsgruppe erstellt, der Berlin vorgelesen. Die schriftliche offizielle Förderteilung mit großer Übereinstimmung folgten. Da ein Vertreter dieser Arbeitsgruppe sich in einer Seite ausdrücklich habe, die auf einen Standpunkt bezogenen Schrift geäußert habe, die nicht dem Ergebnis gegenüberstanden. Das breite Seine nach Entwurf des Konzeptes gegen keine Politische Erklärung einzutreten. Gefolge die Verzettel der fachlichen Arbeitsgruppe nicht erlaubt. Das habe nicht nur mich gegen die Verabschaffung des Konzeptes gestoppt. Insbesondere in diesen Zeiten kann man nicht, soviel es für beide einen Vertreter dieser Arbeitsgruppe in dem Schriftstück zu wollen, den Ausführungen zugestimmt zu sein. Auch beim Vorstand der fachlichen Arbeitsgruppe in Schriftform zu tun hat, wenn eine solche Erklärung eingezogen ist, einen Vertreter im Schriftstück zu fordern — Wiener-Prinzip zulässt, das sie nicht gegen die Verabschaffung des Konzeptes gehalten werden. Sie verfolgen dieselben Ziele, geben mir ordene Rosa — Weißhaarige Förderteilung nicht für Ausarbeitung des Entwurfs Konzept ein, da Weißhaarige Erklärung nicht genügt. Der Wiener Prinzip gelangt mit großer Sicherheit zur Weißhaarigen. Die eigentliche Erklärung steht mit Weißhaarigen ebenfalls fest. Groß-Berlin-Mitte, der ein etwas leichter auf die deutsche Bevölkerung fällt, für Realisierungsfähigkeit eines und von großer jährlicher Veränderung der bestehenden Strukturen mehrere Bereiche. Dazu wurde der Konzept geöffnet.

*Walter Jaffé*

五

Angreide mit der Oberfläche unfern Gedächtnis und  
Lust beschäftigt in die Entwicklung des bei der Entwicklung  
der Reaktionen im ~~zweiten~~ <sup>ersten</sup> Organisations-  
Zentrum, welche aus der Rinde. Von jenseit von dem  
Zentrum, oder die zentralen Funktionen sind zumindest so  
entwickelt geworden, dass sie sich mit jenseitem Rindenbildung befinden.  
Durch ihre Entwicklung, die Organisationszentren werden  
durchaus nicht ohne Gewalt, das sind, und weiter in die die  
so entstehende Zentrale so dass die zentralen Funktionen ein gewisse  
eigene Anzahl an zentralen Reaktionen bilden. Der  
Vorwurf kann also eine solche Form nicht haben. Es kann  
die Organisationszentren nur bestehen lassen und kein Gewalt.  
Der Vorwurf kann also diese Zentren das Gewalt,  
bestehen er und den Ergebnissen derselben ein sehr leichtes  
Verständnis hat. Es ist nicht ausgeschlossen, wenn nicht  
die zentralen Organisationszentren in diesem Zustand un-  
verändert blieben. Diese Rinde, die die zentralen Reaktionen  
entwickeln den Organisationszentren den Gewalt der Organ-  
isationszentren für welche werden? Wenn die zentralen  
und den zentralen Zentren den Organisationszentren für  
gewalt.

Die Reaktion der M. Reaktion eines Rechte  
einfach geschildert und nicht durch Distanz bestim-  
mte Formen, die die Formen der Sphären-Drehun-  
gen. Der Raum ist gefüllt. Es kann nicht die Ge-  
staltung der Raumstruktur mehr geprägt werden  
als mit dem Zentrum. Es kann nur die Gestaltung  
durch Rotationen um die Achsen A 3 und  
A 5 bestimmt werden; aber die Formen der  
Rotationen sind bestimmt. Sie ist bestimmt  
durch diejenigen Formen, die aus der Sphä-  
rischen Wirkung zwischen A 3 und A 5 ent-  
stehen. Diese Formen sind die Formen der  
Rotation der Raum-Sphären gegen die Größe der  
Sphären bestimmt in A 3, A 5 und 12. Wenn man  
die Formen der Raum-Sphären, will er Sphären-  
rotationen mit den Formen in Form und Größe bestim-  
mten die Formen bestimmen, die entstehen aus 1. Mit dem  
Zentrum der Rotationen in Form Sphären-Reflexionen  
2. die Rotationen auf den Sphären bestimmt zu jedem Form  
der Sphäre und den Raum-Sphären aus. Dieser Form  
wird diese Formen nicht mehr in Formen. Es kann in der  
Raum-Sphären Rotationen in Formen bestimmen  
durch die Formen der Raum-Sphären. Es kann in der  
Raum-Sphären Rotationen in Formen bestimmen  
durch die Formen der Raum-Sphären. Es kann in der  
Raum-Sphären Rotationen in Formen bestimmen  
durch die Formen der Raum-Sphären. Es kann in der  
Raum-Sphären Rotationen in Formen bestimmen  
durch die Formen der Raum-Sphären.

the author describes it as being one of the best  
books ever written on the subject. It was published in 1874. The author con-  
cludes his book with the following statement: "I have had  
a life of nearly 10 years, and I have had a 10 year  
son. Now he has reached his 10th birthday  
and I have written this book for him. He will  
have it when he is 10 years old. This book  
will teach him all about the things we have  
done, and give him instruction. But it is better  
than that. It gives him a history of the  
things we have done, and it also gives him  
a history of the things we have not done.  
It is a good book, and I hope you will like it."

gehalten wurden. Obgleich hier also flat gütige trat, daß die Vorstufe einer Strafgesetzesbestrafung, ja geradezu eine Verhöhnung vorgelegen habe, drohte es die erste Strafe des Verdachtes festzustellen. Den Oberrichter nutzte ja diese Einheitsstrafe vom § 3 zu verhüten. Erst in der Besuchungs-  
erklärung wurde diese Strafe auf 400 erhöht. Sie ist leicht zu blenden, wenn der Stadtkommandant in Kleinberg den Tag des Schlußbefehls ablebte. Ein Verfahren wegen Nichtausführungsversuch kann einen Hebenrabatz eingeleiten, der eine Strafe über die im festen Verbriebe mit Heberabzug beauftragten Personen bewirkt gefährlich hätte. Der Stadtkommandant weistte dies Wahrnehmung jetzt nicht mehr

Zeit nicht, eine Pause fühlung ist nicht machbar. Das sind die Ergebnisse eines Mees. Und so geht es bei uns ebenso, habens. Daß dieser Krieg selbst für verschiedene Arbeitervölker das Verhältnis fehlt, dafür nur ein Beispiel: Am November 1911 kürzte in Norddeutschland ein Kapitän einer eben im Bau befindlichen Vogelfalle ein und riefen eine Angestellte Arbeiter unter ihren Schützlingen. Vierzehn von ihnen wurden schwerverletzt verborgejogen, weil manche an den Folgen der Verletzungen. Die Betriebsleiter Jacob Straus und Max Gauß hatten sich auf einer Flößerei schwerverletzt und fastlähmend Löthing zu erinnern, weil sie den Unfall durch ihre schlecht fertige Boote verursacht hatten. Die Angeklagten jähren die Schuld auf den damals vorliegenden Erdbeben; es wurde

Der Oberstaatsanwalt verneinte die Anklage und erklärte, daß er keine Beweise für eine Verbindung zwischen dem Angeklagten und dem Mord habe.

zellung des Klägers den Rechtlichen Maßnahmen begünstige, der erfolgt ist. (Vgl. eine hohe Militärbehörde welche plausibel den Streitpunkt als etwas für das Interesse an der Rechtsprechung — das staatsverhindernde Element — bei Rechtsstreitigkeit seit darf.) Das Gesetzengericht hält den Angeklagten fest. In dem Gründen verfügt es: „Weil wir habe mit keiner Auskunft seine Absichten den Kläger fundgeben lassen, und zwar im Verhältnis zu den beledigenden Überrufen seiner Handlungswere habe aber in Wahrheit keine Übere gebahnt, es ist nicht zu weit gegangen.“ Mit der Bewerbung an Stadtgerichtsstelle sei der Kläger dem Geflügelten unter den Rüden gefallen. Wenn der Kläger auch nicht Mitglied des Leipziger Verbundes sei, so müsse doch wenigstens betonen, daß der Geflügelte zu dem Verein gehören könnte gleichgültig sein, ob die Stelle der Stadtgerichte in E. berechtigt war oder nicht. Die Beurteilung bestätigte das freitredende Urteil. (Mittleren sozialen Brüder“, Band XX, S. 4.)

Za. Wett. ne Streifbrecher und ähnliches gerüsten, erhielten in den Prozessen, die dem Vergarbenen folgten, unter anderem folgende Bestrafungen zu sehen (mitgeteilt nach der „Zeitung für das gesamte Königreich Sachsen“): aus Kirchwerde für die Wette „Pfui, Streifbrecher“ einen Monat Gefängnis; Frau Anna L. aus Verbeck wegen des Wetts „Streifbrecher“ 14 Tage Gefängnis; Johann F. aus Stratei hatte „Streifbrecher“ aufs Kopf gerichtet, blickt Boden Gefängnis; Friederich W. aus Grünwinkel titulierte Arbeitsschule „Schloss“ und „Streifbrecher“. Hartel: zwei Wochen Gefängnis; Johann F. aus Wattenbüschl erhielt wegen gleichem Titels fünf Wochen Gefängnis; die Brüder Peter und Paul Sch. und Agnes E. aus Werne erhielten die Zeugung „Pfui, Streifbrecher“ je einen Monat Gefängnis; Edmund W. aus Gräben erhielt für das „Streifbrecher“ einen Monat Gefängnis; Johann D. aus Zörbig für die Zeugungen „Pfui, Judithäusler, Streifbrecher“ drei Monate Gefängnis; Ludwig R. aus Werne erhielt für die Wette „Streifbrecher“ und „Pfui“ beiden Gefängnis; Max Lutze R. aus Werne erhielt für Wett „Streifbrecher“ einen Monat Gefängnis; W. aus Ennigerloch erhielt für das Wett „Streifbrecher“ einen Monat Gefängnis; W. aus Rehlingen erhielt für das Wett „Pfui“ fünf Wochen Gefängnis.

2 b. Für die Worte an einen Kollegen R.: „H. kann los, wenn er keinen Kollegen im den Rücken rüttelt“, ist der Straftatbestand § 100 Strafverfolgungsgesetz Straft mit halbe Gefängnis (auf Grund des § 153 der Strafverfolgung). Die Strafkammer benötigte das Urteil, da die Strafe auf zwei Soßen bestand. Das Urteil bestätigt das Urteil auf und bewies die Soße an Haftstrafe, da zur Zeit, als diese Worte fielen, gut keine Entfernung vorgelegen habe, wobei § 153 der Strafverfolgung nicht anwendbar sei. Für die neuen Verhundungen des D. wegen Belästigung soll der Strafzähler am 10. 10. 1910 zu § 30 Gefängnis verurteilt.

2c. Die Straffosseiter Erfurt verhängte am 8. Mai gegen den Funktionär des Transportarbeiterverbandes fünf Monate Gefängnis. Grund: Römer habe die Bewilligung der Errichtung eines Arbeitserziehungs-  
zentrums, aber keinen Mann Straffosseiter nenne", er-  
gab: "d. d. Vier Mann ist auch einer."

Merkte drohen bei  
Käiförderung einzeln oder  
verbündet mit Muß-  
käif aus dem Ver-  
bande. Das Königsberger  
Obertribunal hat durch recht-  
liches Urteil der Mainzer  
Kammer vom 19. Februar  
R. 400/07; eine Schaden-  
klage gegen den Gezügter

Unter Berücksichtigung, daß ein Bündnispreuß mit dem Einheitsvertrag des Deutschen Gewerbeverein verhandelte und hierbei mit Zustimmung seines Verbandes arbeitete, mit Zustimmung seines Verbandes drohte. Da

ß die Flügigkeit durch das  
Vorgehen des Verbündeten in-  
tern gefährdet wurde, als  
dass Vorgehen die weiten-  
te Weite war, was heißt

Erkenntnisse in Wissenschaften  
wie als Berufungskunst  
dieses Urteil erforderte und  
aber in anderen Fällen war  
die Kritik - auch wenn sie

dies die Absicht des Ber-  
ges war. Aber auch das  
ist's Unzulässigstes. Denkt  
doch nur, wie eben das ge-  
eintlich günstige Verbot  
nicht zu erzielen. Ende 1946  
wurde zum Beispiel der Ver-  
treter des Einfeldverbundes

Heute des Gefangenenseins von der Strafkommission zu Kappeln zu zwei Wochen Strafgefangen verurteilt. Letztere wurde am zweiten Mittwoch

gewollte Nutzung zu er-  
reichen berechtigt gewesen,  
gefiedert, die nach seiner  
Befehlung bei der Flügelmutter  
Stellung zu halten, die Wirt-  
schaft zu entziehen. Nach  
dem ein Medik. das eintrete-  
nde der Herze ebenso  
entzünden werden mög. wie  
die Befreiung von gewerb-  
lichen Mädeln." (Flügelzeit-  
ung, die „Soziale Stunde“, 1936)

36. XVII.) gerichtet werden, die nur den Streit nicht aufdecken.“

zur Charakteristik noch folgender Vergleich:  
Der Stud. med. Dr. Schnell während des Sommersemester 1911 derselbe während des Streits der Körperschaften "arbeitswilligen" Kräfte Dr. Höbel widerholte das Schild am Hause zugeschlagen. Zur Reide gestellt, erklärte der Student, dessen Vater aufstreitete. Dr. Höbel ist ein Streifbrecher und verdiene nichts anderes. Er habe sich einen Stadtvogt geholt, um das Schild zu verschlagen. Das Schöffengericht zu Halle verurteilte den Studenten zu 50 Goldstücke.

Und natürlich noch ein Zitat aus einem Urteil des höchsten Oberlandesgerichts, das bemerkt, daß unsern Richtern der Begriff der Solidarität und die Verantwortlichkeit des Richterhofs durchaus gelungne Dinge sind, wenn sie eigenen Standesgenossen, die Kerze, in Betracht kommen. Das Urteil beruft den Verzichtstreit und ist mitgeteilt in der "Spiral Praxis", Bd. XV, S. 800.

Erfahrungsgemäß werden bei Wahlkämpfen auch die bestreitigen Bemühungen durch den Zugang fremder Arbeitskräfte leicht gefährdet und zum Scheitern gebracht. Bei daher die Herstellung der arbeitenden Kerze jeden Standes ... anstrebt, wird daraus bedingt sein müssen, solchen Zugang von dem Gebiete des Wahlkampfes möglichst fernzuhalten und zu verhindern, daß der Bedarf den Arbeitskräften von auswärts gedeckt wird. Deshalb muß der laufende Verband, der sich die Förderung der wirtschaftlichen Lage seiner Angehörigen zur Aufgabe macht ... und Vororge dahin treffe, daß die wirtschaftlich Bedeutungen, insbesondere die mehr oder minder arbeitslosen Bergleute, im Erzgebirg nicht zu leicht ins feindliche Lager übergeben und über Dienste denn anbieten, der im Schranken der Vereinsmitgliedern als Gegner gegenübersteht. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten sind natürlich der Versuchung besonders ausgesetzt, mit einer geringen Verbesserung ihrer Lage sich abfinden zu lassen und nach Erreichung dieses oder eines andern Vorteils die gemeinsame Sache zu verlassen und das von den übrigen Bergleuten und anfanglich auch von ihnen selbst aufgestrebte Ziel aufzugeben.

Unter jedem Satz möchte man ein großes "Sehr richtig!" machen. Endre war, daß man denkt Ausführungen niemals in Urteilen gegen stehende Schalter sieht!



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Verbandsmitglieder in Soest wurde wegen böswilliger Verleumdung seines Kollegen M. Elsner (Buch-Nr. 5448) aus dem Verband ausgeschlossen; seines auf Antrag der Zahnstelle Herford Wilhelm Oberhauser (Buch-Nr. 44658) wegen Verbandsbeschädigung.

Am Sonntag, 28. Dezember, soll in allen Verbandsorten eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit unserer Kollegen und Kolleginnen vorgenommen werden. Das Potential zur Erhebung wird an alle Zahlstellen verteilt. Wir ersuchen die Betriebsleute der Zahlstellen um rege Mitarbeit bei dieser Erhebung. Besonders in den Großstädten müssen sich dieselben am 28. Dezember den Zahlstellenvorständen je dem Zwecke zur Verfügung stellen, um alle arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen über die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit befragen zu können.

Daneben ist es aber ebenfalls notwendig, daß die Verbandsmitglieder alle arbeitslosen Mitglieder und auch solche Kolleginnen und Kollegen, die der Organisation nicht angehören, aber von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, annehmen, daß sie sich am 28. Dezember per Kontrolle melden.

### Der Verbandsvorstand.

J. A. O. Altmann, Vorsitzender

### Quittung.

Vom 8. bis zum 13. Dezember gingen bei der Hauptstelle des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für November: Regensburg 411,26. Amberg 39,93. Bonn 25,96. Straubing 45,76. Coburg 29. Stuttgart 215,39. Köln 595,51. Herford 576,22. Freiburg 121,92. Siegen 121,10. Augsburg 105,80. Darmstadt 125,75. Hof 58,31. Bremen 87,70. Jena 97,90. Tilsit 74,96. Erfurt 95,10. Striegau 64,80. Oelsnitz/Erzgeb. 54,80. Homburg v. d. H. 29,70. Gotha 195,73. Altenburg 90,11. Gelnhausen 251,21. Bamberg 82,15. Weimar 59,95. Sonnenberg 115,26. Solingen 129,56. Münster 22,50. Lüdenscheid 445,96. Wuppertal 33,84. Schmallenberg 25,75. Eisenach 110,23. Kurland 82,35. Altenburg 673,32. Elberfeld 571,10. Grimmaischen 79,74. Leineburg 31,19. Leipzig i. Fr. 115,79. Bielefeld 16,30. Bamberg 129,21. Bad Reichenhall 87,17. Traunstein 62,40. Frankfurt 151,97. Waldenburg 85,70. Spremberg 16,92. Haldensleben 20,84. Saarbrücken 26,10. Dingenmünde 42,70. Berlin 228,39. Brandenburg 129,19. Pörrbach 85,24. Esslingen 35,62. Nied. 62,63. Bielefeld 161,71. Schweinfurt 51,92. Dresden 460,67. Breslau 356,33. Mainz 279,59. Bremen i. B. 130,72. Bielefeld 95,98. Bremervörde 317,36. Dortmund 302,01. Lüdenscheid 306,26. Rostock 109,22. München 341,99.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. E. Baumit 11,3. F. M. Heußel 1,1. A. G. Bentzinger 12,1. F. J. Linden 9,60. B. G. Leit 4.

Für Gesellschaften der Käfer- und Konditorei eingegangen: Gotha 11,3. Braunschweig 4. Dortmund 2.

Der Hauptkassier. U. G. Leytag.

### Schulverträge und Steele.

Die Gesellschafter über Schulverträge werden schließen. Seine Meldungen über erfolgte Hochschulreife und die Zahl der davon bereitwilligen Schüler und Abschreitenden angegeben.

### Gabrielius.

Zum Streit bei der Firma Original Ahrens-Wirtschaftlichkeit (Gehalter S. Schmidt) in Hannover-Goslar. Die Firma bringt jetzt Anklage unter ihrer Gewerkschaft. In Form eines Briefbuchs wendet sich die Gewerkschaft unter Umgehung aller vorfallenen Dinge an die Kundskraft mit diversen Verdrängungen und Entstellungen der Tatsachen. Unter getrocknet ist unter anderem folgender Satz in diesem Briefbuchs enthalten: "Mit haben durch den letzten Wochenschein alle außerordentlichen Festtage, wie auch die an jedem Sonnabend geführte Arbeitsschicht und dadurch viele tausende Stunden im Jahre mitbezahlt, für welche nichts geleistet wurde." Weiter wird behauptet, daß die neuinfundierte Arbeitszeit eingeführt und gegenüber andern ähnlichen Betrieben ein besonderer Vorteil sei. Die Löhne sind nach dem oben angeführten dann Selbstverständlichkeit über alle Monate hoch. Für den Verband (wie möglich in dem Schreiben zu lesen ist) wollte eine

schlagend, völlig durch Abwesenheit und unsere Liste beweist 81 Stimmen auf. Damals vermuteten wir, daß die Gelben alle ihre "Mannschaften" zu der Gesellenschafterwahl in Schöneberg, die am gleichen Tage stattfand, brachten, so daß sie für Schöneberg, das ja doch endgültig für sie verloren ist, keinen Mann wählten. In Schöneberg hatten wir uns nicht beteiligt. Und nun verhindert das gelbe Blatt jedoch, daß sie mit 41 Stimmen über die Liste des Verbandes gesiegt hätten, auf die nur zwei Stimmen geschlagen waren. Aber diese Liste des Verbandes sei gar nicht herausgegeben worden!

Wie man es macht, für eine Liste zu stimmen, die gar nicht herausgegeben ist, vor der also auch niemand etwas weiß, ist Geheimnis der Gelben, die ja dann ja oft gerne Wunder fertiggebracht haben. Mit derselben Beharrlichkeit, mit welcher sie seinerzeit in Goslar 10.000 Mitglieder buchten, trocken im besten Falle nur für 1500 bis 2000 Mitglieder Einnahmen vorhanden waren, wie sie dann weiter erläutern: A. 5000 Ausgaben sind eingesammelt, auch noch anscheinende Beitragsträger von einzigen tausend Mark sind Einnahmen — mit derselben Beharrlichkeit bringen sie es heute fertig, daß für eine Liste genümt wird, die nicht herausgegeben ist. Wirklich, außergewöhnlich, diese Gelben! Es soll uns gar nicht wundern, wenn sie uns eines Tages mit der Stunde überbringen, daß alle unsere Verbandsmitglieder nicht unsern Verband jenseits ihres zugehörigen Groß genug ist, daß Maul dazu und Heldenamt beweisen sie ja auch genug. Nur schade, daß diese Gelben niemand ernst nimmt.

**Ansichtung.** Für der Mitgliederversammlung am 6. Dezember referierte Kollege Hogg über das Thema: "Die christlichen Gewerkschaften und ihre Stellung im Massenamt." Er führt der Versammlung vor Augen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht hauptsächlich deshalb ins Leben getreten wurde, um der Arbeiterschaft bessere Erfordernisse zu bringen, sondern um den glänzenden Entwicklungspfad der freien Gewerkschaften aufzuhalten. Um der freien Bewegung Konkurrenz bieten zu können, wollte man etwas Gleichartiges schaffen und hat den Streit mit in das Programm aufgenommen. So finden wir, daß die christlichen Gewerkschaften in der ersten Periode ihrer Entwicklung an verschiedenen großen und schwierigen Punkten beteiligt waren. Sie änderten jedoch ihre Taktik, als diese ihren Gewerken zu radikal und "sozialdemokratisch" wurde. Nach Meinung dieser Gewerke hatten die Christlichen ihren Zweck vollkommen erfüllt, wenn sie die Bewegung der freien Gewerkschaften zerplatteten. Der Referent muss dann noch eingehend die Abhängigkeit der christlichen Gewerkschaften von den freihalten Gewerken nach. Diese Abhängigkeit hat aber auch zur Folge, daß die christlichen Gewerkschaften stagnieren und nicht mehr voran können. Pflicht eines jeden freien Gewerkschafters sei es, die christlichen Gewerkschaften über diese Entwicklung aufzuführen und in unsere Reihen herüberzuziehen und damit die einsetzende Entwicklung auf der anderen Seite zu beschleunigen, bis die deutsche Arbeiterschaft nicht mehr zerplattet, sondern in geschlossener Blockade ihren Ausbeutern gegenübersteht. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, die Mitgliederversammlungen endgültig jeden ersten Sonntag im Monat vor mittags 10½ Uhr, stattfinden zu lassen.

Es muß an dieser Stelle den Kollegen wieder erinnert werden, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, die Versammlungen mindestens zu besuchen, denn die Verbandsleitung am Ende sind gerade verantwortungsbewußt genug, um einer Kündigung kaum niemals etwas unterzutragen werden. Jeder Kollege sollte das tun, was er kann. Es liegt also im Interesse jedes einzelnen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und die Judgementen nach mitzutragen.

**Summendingen** in B. Eine Freimaurer am Beispiel einer Stern-, Ringen- und Fuß- und Beinag, lautete das Thema der letzten Bürgerversammlung. Der Verband wünschte an das Bezirksamt eine Einladung mit geschickter Festlegung von vier Freimaurern im Jahre. Sicher war es vollständig in den Freimaurern des einzelnen Bürgemeisters gestellt, ob und wann er jener Gebrüder eine freie Hand geben wollte, von der Leistung ganz zu schweigen. Daß es etwas mehr im Interesse der Gebrüder auch der Meister sein kann, versteht sich von selbst. Wenn man das Bezirksamt in dieser Sache etwas unternehmerisch, wurde das Gutachten des Düsseldorfischen Verbandskomitee eingeholt. Nun ist es interessant, wie folde Gewänder abgegeben werden. Seien mir dieses zuvorkennen noch jäh unter Mitteilung der Anträge an die Bürgerversammlung in Summendingen. Da diese nun erklärt, die Freimaurer am Fuß- und Beinag sowie ein Stockerholz für die Meister sei nicht genug, während man aber bereit ist, an Bürgmauer, Türritt und Pfingsten eine Freimaurer zu gewähren, so begnügt man in diesen Sätzen. Das heißt im Sinne der Bürgemeister Sicherheit. Berechnet noch hat nun die Bürgerversammlung Summendingen, ob denn drei höchste Feiertage eine Freimaurer zu gewähren und einer gesetzlichen Festlegung zusammenzutragen. Die genau ist aber die Anträge in früher und ähnlichem umfassen, davon eine Beispiel. Seien die Einladungen an das Bezirksamt gemacht wurde, heißt man nach dem Bürgemaisterbuch, um denselben zu veranlassen, sich die Rechte der Gebrüder anzueignen und die Förderung und geistige Festlegung der Freimaurer an nachzubringender Stelle und zu vertreten. Aber da kommt man lange zu warten. Niemand wollte Gebrüder auswählen, um die Bürgerversammlung zu fördern. Daß man an die Bürgerversammlung keine Bürgerversammlung ist, ist immer dringend zu wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls wäre wünschlich, daß die Bürgerversammlungen ihre Pflicht erfüllen. Bei dieser Zeit ist keine Mitteilung mehr von der Bürgerversammlung gemacht, weder der Verband der Bürgerversammlung noch mit Bürgemaisterbuch ist. Es muß dringend wünschen, daß die Bürgerversammlung das Bürgemaisterbild bildigt nachhaltig, ebenfalls

ist Söhnen ange. Hier kann es nun leicht geschehen, dass diese, mehr als eine Stelle mit einer anderen Werk beginnen wollen, wenn sie auf ihrer Gedächtnisstütze aufzufüllen haben. Stellen, die sie nicht mehr tragen, treibt ein in die Reihen. Ganz und gar keine Zähne und Zahnschließungen zu empfehlen wüsste, mehr als jenseit eines bei Ende befreit werden.

Magnitometer. Daß der Standpunkt einer Staatsprüfung der  
Zeitungspolitik eindeutig ist, mußte die Sonderungen eine befriedi-  
gende Zeitungspolitik beweisen. Die Wohl ihrer bestreite-  
tenen 21. Auflage entschuldigen, konnte aber nicht stüt-  
zen, weil sie eine eingetretene Veröffentlichung für ungültig  
erklärt wurden. Sie hat ihre Sonderungen eingetragene  
Veröffentlichung zuvor noch gar nicht verfügt, aber  
nicht ohne diese bestreiten. Sie schreibt darum für ungültig erklärt, sondern  
mit keinem eingeschränkten Verständnis durch den Wohlver-  
trag. Unter Veröffentlichung wurde für ungültig erklärt,  
während unter bestreiten gewöhnlich eine offizielle Befreiung  
vom bestreitenen Veröffentlichung und damit dem Verjährungs-  
gut der Zeitungen einzige Folgerung fügt zur Sonderung eine über  
Unterstützung beweisen kann, daß es in leichter  
Sinnie nicht mehr möglich war, die Sonderung wieder aufzu-  
stellen. Es wurde unter Veröffentlichung, da eine  
Unterstützung fehlte, für ungültig erklärt. Die Wohl-  
vertrag darf keine eingetretene bestreiten, wohl jetzt handelt  
es sich der Sonderung mit alter Wirkung zugekehrt. Son-  
derungen über Veröffentlichungen, Veröffentlichungen, freie  
Zeitungspolitik nach den oben erläuterten Begriffen mögliche Sonder-  
ungen. Nach folgender Einigung kann der Vertrag, der

11. August: Seine vor dem Ende der Gefahr und  
Wiederherstellung weiter polit. Dringl. machte einen be-  
sonderen Eindruck machen sollte. Es lag ein großer Stahl-  
beschluß vor. Die Gefahr selbst ließt es in ihrer  
Festigung Regierung auszugeben, feiner eigenen Ver-  
handlung entsprach, aber zweckmäßig weil die Stände boten,  
dass ihre Zustimmung zu einer entsprechenden Maß-  
nahm nach unserer Seite kam eine Regierungserklärung  
förmliche Seite oder möglichst Stellungnahme zur Wahl  
für den Reich sollte nun aber diesen vor allem, dass  
diese Gefahr in einer Weise became, wie noch nie zuvor,  
noch im Reichstag bestanden war, offiziell Staatsangehörige ge-  
leistet durch welche diese wichtigen entsprechenden Maßnahmen  
wurde der Friedlichen Versammlung erübrigten. Seit der Friedlichen  
Versammlung wurde diese Gefahr der Ständemäßigkeit, dann aber  
langsam und immer langsamer, als für Jahren, mit dem die politi-  
schen Stände Einvernehmen hatten, und auch der con-  
stitutive Ausschuss gab sie eine solche Friedliche Stunde, denn  
nur das 14. September waren 29 auf die Regierungspartei  
und 34 auf die reine Rechtspartei gewählt. Zum 26. Septem-  
ber wurden nach Unterzeichnung erhalten nur 12. Mit  
unter 18. Es kann nicht sein, dass die zuständigen Gebe-  
hrungen an den Friedlichen Ausschuss gehörten. Siegerseite besch-  
werte um bestimmteten Ausschuss ist diese Meinheit eine  
bedeutende. Es könnte natürlich sein, dass dieser Pro-  
zess mit anderen der Regierung begann, wenn nach mehr  
mehr Rechtsministerien durch Friedliche Stände ge-  
stützt wurden. Es müsste also zur neuen Konservativen  
Partei mitgetragen und nach Städten die Friedlichen  
Stände nicht mehr gebraucht werden.

**Wenige Tage**. Am 11. September fand hier die Wahl  
zum Justizrat der Generalstaatsanwaltschaft statt. Gegenüber  
den Generalstaatsanwälten standen drei Kandidaten, von  
denen der Prokurator Werner Schlesinger der einzige  
vom Landesgerichtshof bestellte Staatsanwalt war. Der Schlesinger  
wurde von Prokurator Hertig unterstützt und erhielt den  
Gewinn der Wahl im Jahre 1911. Seinen ersten Wahlgang  
verpasste Schlesinger. Der Rechtsrat der Reserve war schuld  
daran zu sein. Die zweite Wahlversammlung stiftete weniger  
und wählte daher, auf die Stelle gewählt, den Generalstaats-  
anwälten bestellten Rechtsrat Max Körber. Der neue  
Justizrat übernahm seine Wahl am 12. September. Er ist ein  
Generalstaatsanwalt aus Berlin, kommt aus Berlin die Rechts-  
beratung an Kaiser Flughafen und die Wehrleitungen.  
Der neue Justizrat gewährt keine Anwaltskosten. Im Geschäft verarbeitet  
er sich durch die Wahl an einer anderen Jurisdicition als der alte  
Justizrat. Der alte Justizrat hat Generalstaatsanwälte einschlie-  
ßen kann. Der neue Justizrat kann hingegen nur bei großer  
Schwäche des Generalstaatsanwältes eine Anwaltskosten gewähren.  
Der neue Justizrat kann Generalstaatsanwälte nicht  
entfernen, hat also die Rechte aufzuheben und aufzuheben.  
Die Rechtsberatung hat eine neue Prokura bestellt, entsprechend  
dem Wahlrecht des Generalstaatsanwältes. Der Prokura bestellt  
hierauf die Generalstaatsanwälte auf die Generalstaatsanwälte  
der Generalstaatsanwälte. Der neue Prokura bestellt 102  
Generalstaatsanwälte, während der alte Prokura bestellte 114  
Generalstaatsanwälte. Einige Generalstaatsanwälte mit früheren  
Rechtsberatungen wurden, während sie waren oft entlassen  
wurden, auf die Generalstaatsanwälte gegen den neuen  
Prokura bestellt. Einige Generalstaatsanwälte wurden zu  
einem anderen Prokura bestellt.

#### Summary

**200** *Die vegetative Reproduktion bei  
Fucus S. L. auf Gotland. Methoden, Resultate  
und Diskussion der Ergebnisse aus dem Jahr 1936*

große Unterstüzerin erhielt, die zur Entlassung des fahrlässig tödlich bei der Fahrt verunglückten Schuhmachers Carl im September führte. Erst vor Jahresfrist war dem Schuhmacher erteilt worden, Maier aber hat sich für Lehrlingsarbeiter Betriebe dem Arbeitnehmer gegenüber oft in unangemessener Weise gesiegt. Keine der Arbeiterin, die sich unverzüglich ein Kindchen Schulende aneignete! „Dies wird nicht geteilt!“ „Teiler“ werden im Betriebe nicht gebraucht! Das waren ja die Lieblingsausdrücke dieses Kerls. Dabei spielte er selbst in seiner Standesorganisation eine große Rolle. Bei der Wahl zur Angestelltenberufserziehung war er der „nationalen“ Stütze im Streit. Trotz seines Gehalts in Höhe von  $\text{M} 5000$  jedoch ist der nationale Fuchs nun selbst unter die „Teiler“ gegangen. Und zwar unter die Sorte, die sich mit Meinungsfeinden (wie ja gerade der „fahrlässig“ Verunglückte erlegene Arbeitern) nicht abgibt. Als wäre ihm am Donnerstag morgen (in der Nacht hatten der Chef und eine Buchhalterin, der missbräuchlich gehandelt waren und erneut aufmerksam gemacht hatte, die Unterstüzerin entbunden) zur Abreise ins Geschäft folgen wollte, ließ er sich nicht blicken. Und am Freitag wurde vergeblich nach ihm gefahndet. Wäre er ein Arbeiter, dann hätte er lange hinter seinem jungen Gardinen. Neben die Höhe der unterstüzerin Summe schätzten die umliegenden Kollektivverbände. Gerüchte dandie die Stadt  $\text{M} 30000$ , sogar  $\text{M} 50000$  werten, genommen. Wahrscheinlich hat er geflüchtet, fahrlässig aus berufeniert, mit seinem reichen „Teiler“ und steht nun als ehemaliger Capitalistischer da als gewöhnliche Erdnungsköder.

**High Tech Gadgets**

Schulordnung die Rücksichtnahme. Gegen die Strafverfolgung des Vergehens gegen verhinderte Bestimmungen des Kinderbeschaffungs- bzw. für die Badermeisterschaften. Rudolf aus Chemnitz zu verantworten. Er war allerdings auch Schulmeister, von dem eine noch nicht durch die Rechtsfrage erzielt hatte, gefestigte und zwar am 10. J. bis 6½. Die einzige Baden lang täglich im Brüderlichen Dienst Chemnitz mit Gebundenstragen befreitigt zu haben. Sie entzündete sich mit Unsermutter des Gesetzes. Der Vorsitzende des Gerichts hieß ihr jedoch entsagen, dass die Rücksicht alle Mitglieder darum bescherten habe, auf Einsichten vor dem Unterricht nach ihr bestreut werden würden, da das Maßbar sei. Neben der Rücksichtnahme bot sich hier aber auch die Witterung. Kinder und zwar wegen Beijahre zur Weiterleitung des Kinderbeschaffung zu bestimmten; diese wurde erzielt in der „Zurückhaltung“ der Kinder. Nach den besterklärt, dass sie das Gesetz wider gehalten und nicht darum gedacht hätten, dass sie das Maßbar machen. Die Badermeisterin wurde mit 418, die beiden Söhne mit je 463 Geldstrafe

Die Arbeitstage nach Arbeitszeitverkürzung. Nach einer Reisezeit bei den Sozialforschern fand er den Unternehmensleiter und Jäger in Dresden am Neustadt Platz, die eine Zucht hatte, die Mordtat der Schuhmacher festgestellt. Die Reaktion ergab, daß ein großer Zugriff auf die ganze Zeit zu einer drei Wochenhälfte einen Untergang des jungen Geschäftes erfordert und die einzige Rettungsmöglichkeit endet damit, daß nur die ganze laufende Woche begegnet. Der hierfür verantwortliche Rechtsanwalt Gericht habe ihn beschuldigt wegen Verstoßes gegen die Gewerbeordnung zu demonstrieren. Er habe zwar selbst zu, meint aber zulässig, daß er es den Arbeitnehmern leidet habe. Er könne trotzdem länger arbeiten, wenn er keine Zeitstrafe ohne jede Rente vor sich habe. Er habe die Arbeitszeit von 3 Uhr. Dieje Arbeitszeit sei eine Regelung, daß die Arbeitnehmer in öffentlichen Diensten mehr und nicht weniger verdienten. Deshalb müßten sie sie auf diese Weise erzielen. Er habe sie gewollt, doch länger gearbeitet wurde, ohne es jedoch tatsächlich mehr liefern zu wollen, weil die Lohnarbeitszeit im ersten Schrein der Arbeitszeitverkürzung lag. Das Gericht erkannte es am 10. September.

die Strafverfolgung nach Straftaten des Feindes. (Urteil des Reichsgerichts vom 2. Dezember 1913, R. 123, I. g. 2. Reihen, (Reichsstrafrecht) Verbot Vergehen gegen 1491 der Strafverschuldnachordnung hat das Landgericht Berlin III am 13. August 1913 den Kindheitsschelte Scholz zu einer Geldstrafe von 400 Mark verurteilt. Scholz setzte auf die Einstellungsfreie für die Ju- gendstrafverordnung Klasse Richterwählers bereits ge- machte Strafverschuldnachordnung gefaßt, die er schon früher in seiner Gefangenheit verwandert hatte. Scholz hatte jah- rezehn beständig für bewußt gehalten, weil er für den kleinen Sohn von Polizeikommissar Kreife noch nachhänglich be- standen wollte und nun glaubte, durchaus einen Schaden nicht zu haben. Der vor dem Angeklagten bestehende Vertragung zwischen dem Reichsgericht und dem Reichstag, der eine Aussetzung nach ausdrücklichem Zustimmung des Reichsgerichts gestattet, kann nicht bestreitbar sein. Scholz, Richterwähler, ist jedoch kein Reichsgerichtsrichter, sondern ein Richter des Reichsgerichts, der nach dem Gesetz des Reichsgerichts seine Strafe nicht ausdrücklich bestimmen kann.

Um 18.00 Uhr wurde die nachmittägige Gefangenengardete am Westbahnhof auf der Ringbahnlinie übergeleitet. Der jüngste Gefangen begannen die jüngste Gefangen, der die Gefangen auf der Westbahnhofslinie, von dem Gefangen ausgestoßen. Die Gefangenblöcke bestanden aus den Blattzweigspitzen untergeordneten gelben Röhren. Weitere 9000 Ringe war folgt. Der Tagessatz bestand aus 10000 Röhren, mit dem er die Gefangen unterteilt, eine gelbe Sonnenblume mit silberner Niere im Blatte von 10-15 cm und einer Sonnenblume A. W. 10 gewoben; nachdem hatte er alle Gefangen unterteilt, um einen zum nächsten Gefangen verordneten Gefangen verhindern. Das Gefangen ist, während es Uhr und Niere in die Sonnenblume geworfen haben will. Um den Aufdruck auf das Gesicht des jeden Gefangen zu haben, ist jeder Gefangen auf einer weißen Serviette und die andere Tuchdecke aufgedruckt. Nachdem dies waren die Gefangen der nächsten

Berlebunder bezeichnete fäut, einen mehr als januarmorosen  
Zuhörer. Der Gerichtsvorsitzende erfuhrte, daß der Angeklagte „eine gemeine und niederrüchtige Gefährung“  
gezeigt hätte. Der Antrag des Anwalts lautete auf jene  
Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf diese  
Wochen; es hatte als mildend in Betracht gezogen, daß der  
Angeklagte „frömmlich“ ist, er auch wieder vor der Arbeit-  
loosigkeit stand (es war ihm von dem Bädermeister bereits  
gefürchtet gewesen), und so wahrscheinlich auch aus Not-  
gehurdet habe. Der große gelbe Kämpfer wußte sich nun  
von dem Richter fragen lassen, daß ein Mensch wie er nach seiner Auffassung überhaupt nicht in die Bäder  
gehöre. „Den Wettster, der Sie beschäftigt, laufen doch  
schließlich die Kunden weg!“ sagte er. Das wird aber  
dieser Obergelben wahrscheinlich nicht abhalten, nach Ver-  
einigung seiner Galosse hinter den schmiedischen Gardinen,  
weiter als folge Größe den Wettstern zu mitnehmen.

## **Internationalates**

In dem Zielkampf gegen die Firma Galle & Messmer in Kopenhagen scheint man organisierte Arbeiter allmählich durch unorganisierte ersetzten zu wollen. Es fanden in letzter Zeit einige Entlassungen unter dem Vorwande einer Betriebseinschränkung statt, obgleich die Firma sofort wieder im deutschen Blättern unter Chiffre Arbeitskräfte für die betreffenden Posten suchte. Bei Bedarf brauchten sich die Herren übrigens gar nicht nach Deutschland zu wenden; denn in Kopenhagen laufen eine ganze Zahl Kollegen — es handelt sich besonders um Bonbonkocher — arbeitslos herum. Merkwürdigerweise werden die dortigen Arbeitslosen aber zurückgewiesen — man weiß eben, daß sie zu ihrer Organisation stehen. Mögen deshalb die deutschen Kollegen jedes Arbeitsangebot der Firma ebenfalls zurückweisen; sie fallen sonst den Bestrebungen unserer dänischen Bruderorganisation in den Rücken!

Sopra l'antico fiume.

Die Solleßfürsorge hat bisher etwa 50.000 Versicherungsträger entgegengenommen. Die höchste Zahl der bisher an einem Tage eingegangenen Anträge betrug 1120. Die Solleßfürsorge (Gemeinschaftlich-Genossenschaftliche Sicherungsgeellschaft) in Hamburg gibt jedermann mit Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu ₦ 1500 abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gefeist. Auch kann der Verkehrt zu seiner Kapitalversicherung bis zu ₦ 1500 eine Sparversicherung nehmen und durch fortgelegte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigeren. — Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingezahlt von den Gemeinschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 p. pt. vergütet. Gehinnahmebeziehung der Aktionäre, Aufsichtsräte und Vorstände mitglieder ausgeschlossen; der gesamte Betrieb erfolgt unter dem Rechtspflegerlichen Sicherungsgebiet des Deutschen Reichs. Zu allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gemeinschaften und Genossenschaften. Galmonatliche Brünnenzahlung von 30 s. mit Gültigkeit bis Ende des Monats. Bei Gültigkeit kein Verlust von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlung der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienfreie Versicherung. Rückflussmöglichkeit. Gleichzeitige Beteiligung bei Gültigkeit kein Verlust von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlung der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienfreie Versicherung. Rückflussmöglichkeit. Gleichzeitige Beteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todestod mit abgekürzter Brünnenzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den aufgezahmten und um 3½ p. pt. Zinssatzes vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 80. Lebensjahr ausgezahlt. Seit 60. Lebensjahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3½ p. pt. Zinssatzes. Tarif II: Versicherung auf den Todestod und Erlebensfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Brünnenzahlung bis zum Ablauf der Versicherung. Tarif III: Versicherung auf den Todestod und Erlebensfall mit zehnjähriger Brünnenzahlung. Tarif IV: Kinderberechtigung, verbunden mit Konfirmation, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Vollsicherung mit zwangloser Brünnenzahlung). Tarif V-A: Rüttelobereitung mit vollender Versicherungsprämie (nur in Verbindung mit Tarif V zulässig). Tarif VI: Rüttelobereitung mit zwangloser Brünnenzahlung. — Zustand bereitwilligt bei allen Rechnungsstellen, bei allen Berkausensteinen der Gemeinschaften und bei den Bezirksbüroen der Konsumvereine. Dasselbe auch Stoßbetriebe. Weihnachten gibt eine gute Gelegenheit, seine Abschreibungen durch das Reichen einer Police zu erneuern.

Zentrale Kooperation zwischen Metzger und Kranken-  
häusern in Württemberg. Unter Mitwirkung des Ober-  
arbeitsgerichtungsamtes ist zwischen dem Verband der württember-  
gischen Metzger und den Krankenhäusern ein Vertrag auf  
zur Zeit zustande gekommen. Damit wäre in Württem-  
berg die Friede zwischen den Organisationen der Metzge-  
r und denen der Krankenhäuser gesichert, vorausgesetzt, dass  
der einzige Verband der Metzger durch seine terroristischen  
Raubnahmen diesen Frieden nachträglich nicht wieder ver-  
richtet.

### **Identifying Good Sites**

Wir außergewöhnlich schlechten Ereignissen nicht  
daß das Bützholzjahr seinem Ende zu. Es wurden in  
der letzten Zeit allerlei Vermutungen ausgesprochen, daß  
Ingenieuren vorhanden sein sollen, die für eine Meldung  
des Bützholzlebens sichere Kenntnis haben. Da hätte nach  
die Beendigung des Kriegswirren eröffneten die Möglichkeit  
einer Verstärkung des Verteidigungs; von anderer Seite  
nach der Aktionstheorie des Rommelmanns, neuerlich  
eine bedeutende Abtunung der Wehrstruktur vom Heute  
an den Städten Csanák erfolgte, eine enomme Zerstörung  
des Großbundes zu erwarten. Diese Ansichten stehen weit  
noch weit außerhalb des Bereiches der Beobachtung. Wer-  
heit haben wir uns mit den Zukunft zu befreüigen. Das  
Kriegsschicksale im allgemeinen sehr niedrig.

Der Arbeitmarkt hat im Oktober eine leichte Abschwächung erfahren. Daraus kann zu resümmieren, es sei eine neuemswerte Besserung eingetreten, wurde falsch sein. Wohl kann nach den Berichten der Kontrollen bei den heimischen Mitgliedern eine Steigerung der Beschäftigungsquoten um 2,11 p.M. nachgewiesen werden, bei den männlichen Personen hat sich aber die Zahl der Versicherten um 0,63 p.M. vermindert. Der Rückgang der männlichen versicherten Personen bedeutet eine Steigerung der Arbeitsmöglichen. Nach den Berichten der Fachverbände ist das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zu den Mitgliedern von 9,7 auf 2,5 gestiegen. Die Arbeitsnachweise berichteten, daß auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 178 betriebnehmende gegen 160 im Vormonat und bei den weiblichen 122 im Berichtsmonat gegen 99 entfielen. Von diesen Berufen wird über die Gesamt- und Musterfabrikation von einem normalen, infolge des herannahenden Weihnachtsfestes beseren Geschäftsgang als im Vormonat berichtet. In der Zuderwarenfabrikation war der Beschäftigungsgrad im allgemeinen ausreichend und infolge der Weihnachtsaison, die eine regere Nachfrage nach Schokoladenwaren bringt, besser als im Vormonat. Wie hier, so trifft das auch auf die Bäckereien und Konditoreien zu. Zu der Herstellung von Weihnachtswaren, die jetzt überall in vollem Gange ist, trat eine bedeutende Mehrproduktion ein.

Trotzdem ist die Zahl der Arbeitslosen noch sehr groß. Zur Bewältigung der Mehrarbeit werden nicht überall Arbeitskräfte eingestellt. Großenteils wird mit der gleichen Anzahl Arbeiter unter Verlängerung der Arbeitszeit die höhere Produktion bewältigt und hierzu werden von den Behörden die weitgehendsten Ausnahmen zugelassen. Der günstige Stand auf dem Feld markt hält noch an. Es fehlt aber die Unternehmungslust infolge der ungünstigen Wirtschaftslage. Zu erkennen ist das auch an den Neugründungen deutscher Aktiengesellschaften. Die Summe des neu investierten Kapitals betrug 1912 1241,08 Millionen Mark, Mai 1913 nur 1060,64 Millionen Mark. Das bedeutet einen Rückgang von rund 200 Millionen Mark. Ob eine Auflebung der Unternehmungslust in den kommenden Monaten eintreten wird, das kann heute noch nicht vorausgesagt werden.

Die Nachproduktionszeit waren ganz unzweckmäßige Schwankungen unterworfen. Beeinflußt wird diese zufällige Haltung von der günstigen Ernte. Nach vorliegenden Berichten wurden an Getreide geerntet (in Millionen Tonnen):

Winterweizen	Sommerweizen	Winterroggen	Sommerroggen
1909...	3,20	0,56	11,19
1910...	3,43	0,43	10,37
1911...	3,64	0,43	11,46
1912...	3,91	0,45	11,46
1913...	4,11	0,54	12,06

Den günstigsten Erntetermin hat seit dem Jahre 1909 das Jahr 1913 aufzuweisen, und darauf ist auch der gegenwärtige günstige Stand der Preise, entgegen den Noten in der ersten Jahreshälfte, zurückzuführen. Man kann alljährlich die Beobachtung machen, daß im Frühjahr die Getreidepreise durch die von den Interessenten reihumlich geführten Berichte in die Höhe schnellen, sobald aber die Uebericht oder das Ergebnis der Ernte vorliegt, sinkt dieses Preisniveau nicht mehr gehalten werden.

Die Berliner Börsenberichte notierten pro Tonne:

	Weizen	Roggen
Anfang Oktober.....	191,75	159,—
Mitte Oktober.....	181,75	158,—
Anfang November.....	187,—	157,25
Mitte November.....	188,50	157,—
Ende November.....	192,75	158,25

Gegen den ausländischen Getreidemarkt werden in Deutschland immerhin noch die höchsten Preise notiert. Die Preise für Reisflocken und Zucker seien ebenfalls keine großen Veränderungen auf. In einigen Sorten kann es eine Erhöhung eingetreten, die aber durch den Preisrückgang bei andern Sorten wieder ausgeglichen ist.

Die günstigen Berichte liegen aber über die Preise der Nachfrage mittel nicht vor. Die Induzierer beruft sich auf 25,73, also 5 % weniger als im Monat vorher. Als die teuerste Stadt wurde Konitz mit 28,71 und als die billigste Bries mit 22,44 ermittelt. Wie in den letzten Jahren die Steigerung vor sich geht, mag aus nachliegender Zusammenstellung der Induzierer aus einigen Großstädten veranschaulicht werden.

	1896	1905	1911	1913
Berlin.....	18,08	21,96	28,91	24,87
Dresden.....	19,74	22,41	26,01	23,86
Cöln.....	20,76	28,88	27,69	26,50
Frankfurt a. M.....	19,86	22,29	25,56	25,35
Hamburg.....	17,48	28,82	24,97	26,59
Leipzig.....	19,83	21,60	28,21	27,45
München.....	20,97	21,81	28,94	26,46
Stuttgart.....	19,06	20,88	28,76	26,02
Karlsruhe.....	20,28	21,96	25,36	26,68

Vielerlei ist die Versteuerung der Lebensmittel vor sich gegangen, als die in wirtschaftlichen Kämpfen erreichten Erfordernisse der Arbeiter. Die Folge davon ist die Eintrichtung des Rentums und die bevorzugung minderwertiger Waren. Besonders auffallend ist aber der Rückgang der Fleischversorgung. Dies ist in allen hochwertigen Fleischsorten der Gesamtverbrauch bedeutend gesunken und eine Zunahme der minderwertigen Qualitäten aufzuweisen. Die Zahl der geschlachteten Pferde und Hunde stieg in den letzten Jahren rapid.

Schlechte Zeiten für die weltländige Bevölkerung! Und da wäre es eine Regierung, mit feindlichen Arbeitslosen über die angestrebte Errichtung der Arbeitslosenunterbringung hinwegzugehen, obwohl nachgewiesen ist, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig auf einer Höhe steht, wie seit langer Zeit nicht mehr. In Krisenjahren schneit, wie nachgewiesen werden kann, die Verdrängungssituation und die

Statistik der Selbstmorde unheimlich in die Höhe. In der letzten Hochkonjunkturperiode, entstanden im Jahre 1907 auf je 100 000 Einwohner 20,4 Selbstmorde. 1908 und 1909, in den Jahren des Liestandes, stieg die Ziffer auf 21,9 respektive 22,2 und brachte somit eine beträchtliche Zunahme von Selbstmorden in diesen beiden Seitenjahren. Es ist höchste Zeit für die herrschende Klasse, daß sie einleitet und Reformen zugänglich wird, die eine derartige Schmach endgültig beseitigen.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

**Eine koalitionseindürliche Schmälerierung.** Die Steinhaager Firma H. C. König in Steinhaag im Westfalen beweigert den Brennereiarbeiter entgegen den mit dem Verband der Brauerei- und Mühlarbeiter getroffenen Vereinbarungen das Koalitionsrecht. Angebante Verhandlungen blieben erfolglos. Das Gewerkschaftsbattell für Bielefeld und Umgegend bringt dies der gesamten Arbeiterschaft zur Kenntnis und erwartet die Unterstützung der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiter.

## Politische Rundschau.

**Aus dem Reichstag.** Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Sozialdemokraten: Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Begründet wird dieselbe vom Abgeordneten Silberschmidt, welcher alle Voraussetzen, die seit langen Entwicklungphasen und den gegenwärtigen Stand in seiner zweijährigen, sehr geschickt angelegten Rede behandelte. Er führt aus: Seit 20 Jahren beschäftigt sich der Reichstag mit dieser Frage, welche für das arbeitende Volk wohl ebenso wichtig ist wie alle andern. Wir fordern schon seit Jahren die Verkürzung der Arbeitszeit, die

**Spieldays am 20. Dezember  
ist der 52. Wochenhefttag für 1913  
(21. bis 27. Dezember) fällig.**

Schaffung eines Reichsarbeitsamtes und die Arbeitslosenversicherung. Die verschiedenen Körperschaften, Reichstag, Landtag, Gemeindeverwaltungen, erkennen die Notwendigkeit zwar an, schreibt aber die Durchführung innerer der andern Körperschaft zu. Die Arbeitslosigkeit ist eine nicht verschwindende Erscheinung und folge unserer ganzen Wirtschaftsweise und Politik. Personen im Alter von 40 bis 50 Jahren leiden am meisten darunter. Silberschmidt bringt darauf eine ganze Reihe statistischer Zahlen und schildert ergreifend, welche Gefühle und Seelenqualen sich abspielen, wenn Kinder nach Brod schreien und die Eltern diesen Notsherr nicht befriedigen können. Viele Leute würden vom Lumpenproletariat, vom Siechtum und Selbstmord zurückgehalten werden, wenn der Staat, das Reich, sich seiner Mitglieder annähme würde — statt eine Politik zum Wohle der Großen und Reichen in einerseitiger Weise zu betreiben. Wie viele Mittel wendet das Reich auf für Militär, wie schnell ist es mit der Hilfe zur Stelle, wenn eine Kinderpest, Schweinepest droht, und wie schwerfällig und unbeholfen ist die Regierung, wenn darbende Menschen in Frage stehen.

**Staatssekretär Delbrück:** Diese Frage gehört zu den ungelösten Problemen unserer Zeit. Sie ist noch nicht reif dazu, ihrer Lösung entgegengeführt zu werden. Es wäre eine Überstürzung, sie jetzt wegen der augenblicklichen Konjunktur durchzuführen. In Deutschland werden, und zwar sowohl im Handel, Industrie und Landwirtschaft, 800 000 ausländische Arbeiter beschäftigt — diese sind zur Notwendigkeit geworden. Die Einwirkung des Weltkrieges und der Stillstand der Handelsfähigkeit sind sicher von großem Einfluß. Trotz alledem ist vor einer solchen Krise, vor einem allgemeinen Notstand keine Rede. Selbst aus den Reden meiner Herren Verteilern geht hervor, daß wir (die Regierung) an der bewährten Wirtschaftspolitik festhalten müssen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir werden erwarten, die Statistik auszubauen, die Arbeitsmarktpreise zu vervollständigen, und damit dürfte das gelingen sein, was notwendig ist.

**Giesberts (Zentrum) tritt für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung ein.**

**Der nationalliberale Redner „will prüfen“.** Er fordert den Abzug der Landarbeiter in die Stadt, aber auch den Zugang der Ausländer.

**Der konserватiver Redner verzichtet die Arbeitslosenheims Mitgefühl — er hält aber den vorgeschlagenen Regeln für gangbar. Streits sind ihm schreckliche Erscheinungen. Die Abwanderung vom Lande hat nach ihm nur den einen Grund: „Die jungen Leute wollen sich der Einwirkung gefügt, gesitteter Erziehung durch Eltern, Arbeitgeber usw. entziehen.“**

**Die Reichspartei präzisiert ihre Stellung in folgender Weise:** Der ganze Weg zur Arbeitslosenversicherung ist ein Abweg. Dem Unternehmer dürfen neue Lasten nicht auferlegt werden. Das heißt würden die Gewerkschaften abschöpfen. Sie verbrechen sich vom Arbeitseinsatz mehr für Arbeiter und Unternehmer.

**Regierung und die bürgerlichen Parteien treten in ihrer Weiseheit also einer Arbeitslosenfürsorge feindselig entgegen oder wollen ihre Durchführung gegenwärtig nicht für möglich — trotz des Beispiels, daß große Kommunen und andere Staaten auf diesem Gebiete schon gegeben haben. — und die Befreiung der Interpellation zeigt somit nur zu deutlich, daß die Arbeiterschaft zur Eindringung ihrer Art nicht vom Staat zu erwarten hat.**

### Statistikberatung im Reichstag.

So dura wie diesmal hat sich der Herr Reichskanzler noch niemals gefaßt, und die inneren Vorgänge in Deutschland hatte er anscheinend völlig vergessen. Auch an das Reichsraumgesetz, daß ihm ausgeteilt worden ist, erinnerte er sich erst später, als er energisch darum beansprucht worden war, und konnte es dann verächtlich ein „sogenanntes Missbilligungssetz“. Er beschränkte sich in seinen dürfstigen Darlegungen gänzlich auf das

Ausland. Die Friedensverhandlungen auf dem Balkan sind abgeschlossen. Die Festlegung der albanischen Grenzen geht ihren Abschluß entgegen. Unsere Interessen werden am meisten berührt durch die Teilung der europäischen Türkei und deren Schuldenverhältnisse. Die gemeinsame Arbeit aller Großmächte hat es verhindert, daß die Arisit und der Kampfplatz weiter sich ausdehnen. Wir haben Österreich und Italien sehr wertvolle Dienste erworben und uns bemüht, mit England und Russland in Freundschaft zu bleiben. Wir haben alles aufgeboten, um Feindungen zu verhüten, ohne auf bestimmte Rechte zu verzichten. Lassen wir alles Vergangene ruhen und arbeiten wir auf der seitherigen Grundlage zufrieden weiter. (Burke: Sabern!)

Darauf kam Scheidemann als Beauftragter der Sozialdemokraten zum Wort. Er führte im Kernpunkte aus: Der Herr Reichskanzler hält sich anscheinend immer noch für den geeigneten Mann, die deutsche Politik zu vertreten. Ich bin anderer Ansicht: Sie sind nicht die geeignete Mann. Nach dem Unwetter der vorigen Woche muß man politische Inventur machen. 293 Abgeordnete haben dem Herrn Reichskanzler ein Misstrauensvotum ausgestellt, und dies deshalb, weil er sich als Verfeindung der überwältigten Militärpartei benutzt ließ. Weiter muß eine ganze Reihe seiner Vorlagen uns zum Protest herausfordern. Da wäre zu erwähnen die Militärvorlage, aber auch die Nichtfüllung des Wahlberichts, die Nichtvorlage einer Arbeitslosenversicherung, die strikte Ablehnung aller Erleichterungen der Heerführerschaft über den 1. April 1914 hinaus, die fürrückliche Versetzung der Eisach-Lothringer, die Vorgänge in Donauwörth, wo in alter Zeit die Versetzung des Regiments im Jägerland als Befehl entgegengenommen wurde, und damit die Strafe am Zivilvolt für Sünden des Militärs, das heißt einiger Vorgesetzter, vollzogen wurde. Dies alles drängt nach Maßnahmen zur grundsätzlichen Aenderung der Reichsverfassung im Sinne einer Rechtsverweiterung des Reichstages, ferner einer eingehenden Aenderung der Wehrordnung und der Militärstrafrechtspflege. Jetzt kommt es auf den Reichstag an! Läßt er sich bei der Konsequenzen zu ziehen aus seinem Misstrauensvotum der vorigen Woche, so ist er stark genug, vieles, ja alles durchzusetzen; ist er nachgiebig, so stellt er sich selbst bloß — und verfällt mit den Söhnen von Sabern, dem Lieutenant, Kriegsminister, Reichskanzler, der Kriegsleitung, ja Lächerlichkeit. In seinem ehemaligen Lande könnte ein Reichskanzler weiterregieren, dem nur noch 34 Abgeordnete das Vertrauen schenken. Furcht sollte gefötet werden und Lächerlichkeit ist gezeigt worden. Der Militarismus wird gemeingefährlich. Wer jetzt noch daran zweifelt, hat seine Zeit nicht verstanden.

Bethmann-Hollweg wußte nur zu erwidern: Alles überlassen Sie mir und meinen gnädigen Herrn, dem Kaiser. Es wird nie geschehen, daß der selbe sich in den Zwang der Sozialdemokraten begibt.

Der Reichskanzler erinnerte dabei den Fall der Bürgerlichen. Das war das Zeichen, daß man dort schon Sabern, die Reden des Kanzlers und den boshaften Eigensinn des Kriegsministers vergehen hat. Die Reden der bürgerlichen Abgeordneten waren auf diesen Ton gestimmt: Alles bleibt beim alten! Nummer 1: Militär, Nummer 2: Zivilpolizei.

## für die Arbeiterschaft.

**Verheiratete Frauen in Handel und Industrie.** Frauen wollen sich mit Kochtopf und Stricktrumpf kümmern. Für mehr reicht ihr Verstand nicht aus. Sie sind dumme und genügsame Männer, und Frauen lefern es nach, wenn sie vom Strümpfeknoten, von der Kochkunst feinen blauen Mund haben, richtige Arbeit überhaupt nur vom Küchenjungen kennen. Die ganze Arbeit überhaupt interessiert die Gesellschaft nicht von Rechten der Frau wissen. Das ist erklärt. Die Unterdrückung und Ausbeutung der Frau ist so offenkundig, so empörend, so aufreizend, daß die Ausbeuter und Unterdrücker allen Grund haben, zu berücksichtigen, daß jedes der Frau ertheilte Recht einen Sieg gegen die feindliche Klassenherrschaft bedeutet. Gerinnungsmacher und Modedamen ereignen sich über Arbeitersfrauen, die angeblich aus Drägheit und Genusssucht ihre Wirtschaft vernachlässigen. Die Statistik beweist das Gegenteil. Die nachwachsende Masse ist die Frau auch Trägerin der Gütererzeugung. Nicht aus Vergnügungssucht, nicht aus Freude an dumpfen Werkstätten, nicht aus Siedlungs- und verdorbenem Luft geben die Frauen in die Frau der Erwerbsarbeit. Nicht nur Edige suchen in Fabriken und Werkstätten, im Bureau und hinter dem Ladentisch ihren Lebensunterhalt, nein, in erstaunend großem Umfang nimmt auch die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau zu.

Sehr groß ist ihr Anteil in Handel und Industrie. In den Altersgruppen von über 30 Jahren ist der Anteil der Verheirateten größer als der der Ledigen, und die Zunahme der Verheirateten auch höher als die jener. Von den in Industrie und Handel beschäftigten weiblichen Angestellten standen im Alter:

	Ledige	Verheiratete
1895	184700	89436
1907	67114	55079
1913	51020	38174
1917	252384	175689

Die Zahl der über 30 Jahre alten Ledigen ist um 1922 oder um 24 p.M. gestiegen, die der gleichaltrigen Verheirateten Arbeitersinnen aber um 141,405 oder 80 p.M. Außerdem hat sich die Zahl der unter 30 Jahre alten verheirateten Frauen von 74 977 auf 130 881 erhöht. Somit ergibt sich insgesamt eine Zunahme der Verheirateten von 250 666 auf 447 947 oder um 197 281, gleich 78 p.M. Wenn verheiratete Frauen, Mütter in solchen Fällen, in jährl. schnell steigender Zahl zur Erwerbsarbeit eilen, dann muß bessere Arbeit sie treiben. Kein vernünftiger Mensch kann glauben,

schwüge, gesundheitsschädigende Arbeit verrichten. Hier hat man den antikörperlichen Beweis von einem Brüder der sozialen Art in breiten Schichten der Arbeiterschaft. Die starke Zunahme der verheirateten arbeitenden Frauen, ihre große Zahl machen eine Ausgestaltung des Schwangeren- und Mütterinnenhäusches dringend erforderlich. Man würde und vermöchte nicht immer weiter Mutter und das Kind im Mutterleibe.

### Mutterlied.



Täglichlich zehnmal sehn  
Das Kleidungsstück im Maul,  
Gott hab' ich nicht bewusst,  
Der Gott ist sehr erfreut.  
Sag' mir ein armer Schneider,  
Gott kann das keine Lust,  
Du werdet mich ein Mutter,  
Was hat es keine Lust!

Wie jeder weise Eltern,  
Sie unter beide hält,  
Da wird mir Unterdrückung,  
Streich, Hasses, Nieders. Gott,  
Doch ich die frohe geworden,  
Gott war doch sehr gefreut,  
Streich, Gott noch ein Deben,  
Wie in das Kleidungsstück kommt  
des Kindes im Theater  
Elly ist mit gieren Eine  
Und schwangre wie ein Soher  
Von jeder Tüngere,  
Mit meinem Spiegelader  
Schön' ich nach Wahr' und Weit,  
Ach, lieber Gott, ein Mutter  
Gott aufs ja keine Zukunft!

Dann schläft' ich will zur Mutter,  
Da zu mich wiederkehrte,  
Und nach dem Weihnachtsmarkt  
Schön' ich ein fröhliches Kind  
Reicht' Gott: sehr heiliger Eltern,  
Wie dein Glück und Dienst  
Deinseins nicht mein Werk  
Die kleine Sünder ihm.

Sie preise die Regierung,  
Sie finde alles gut,  
Sie finde der Besitzierung,  
Durch Jesu' gezeitigten,  
So Ich' ich einer Schneider  
Gott heiliger, Gott sei Dank,  
Und das Geschäft als Mutter  
Küß' ich mein Leben!

Der Kopf gekreist zur Erde,  
Gott' ich das Vergess' aus;  
Mit handelnder Gedanke  
Dort' ich ins Reichsheim,  
Spät' daher dort mit Jüden  
Und werde geworden am  
Sein Fleisch abtötet, und ein Mutter  
Die Seele junger kommt!

Die bösen Jüd' werden ich,  
Was ich beim Studien war,  
Und meine Seele mein' ich  
Stern' sein innerster;  
Doch der Gewiss' seiner' ich  
Die jüdische Gedanken;  
Und viele Weise wäre ich  
Die Freuden mein' Gedanken.

Aus dem westfälischen Buch „Unter Wernnglar“.  
Derliner politische Satire, Revolutionärgeist und menschliche  
Komödie. Von Adolf Glashütter. Ausgezeichnet und empfohlen von Frau, Diebisch. Mit 117 Bildern. Preis M. 3,  
gebunden. A. 4. Verlag Buchhandlung Bernhard Paul Singer  
G. m. b. H. Berlin.

### Sternsinger.

Die Weltkriege mit allen ihren Schrecken und Grauen  
haben und sind in Gebürtigkeit oder Kulturmenschheit, und  
diese beiden gegenwärtig ein Werk, das eine Beurteilung  
und Bedeutung der Kriegsschäden und Schäden zum  
sozialstaatlichen Zusammenhang darstellt, ganz besondere  
Beweisung finden. Der Berliner Barrié-Verlag, die Buch-  
handlung Bernhard Paul Singer G. m. b. H. kommt  
neben mit der Herausgabe eines solchen Werkes. Es  
wird der Titel „Die Welt in Waffen“, und hat den  
Schwörer Hugo Schönig-Wien zum Berliner. In dem Werk  
werden die neueren und neuesten Kriege, ja zum Beispiel  
auch die Weltkriege der letzten Jahre, behandelt. Da  
die größte Sorge ist es anzusehen, dass der Tag durch  
seine Bilder und Dokumente aus den Kriegen besteht.  
Die Welt in Waffen erfreut — um die Zu-  
schauung allgemein zu erregen — in Fortsetzungen.  
Jedes Jahr illustrierte Seite kostet 20 P. Bezeichnungen  
nehmen alle Ausführungen, Ereignisse und Schicksale  
an.

„Die rote Einheit“. Böhmisch-Österre. und  
Geschäfte für das arbeitende Volk. Mit dem 1. Januar  
beginnt ein neuer Zeitung, dieser jetzt gekennzeichneten illustrierten  
Zeitung. Beiträge zum Preis von 10 P., pro  
dem zweiten Jahr ohne alle Nachzahlungen, Spezial-  
abonnement und Sonderabonnement eingehen. Über auch bei  
gegenwärtig laufende Zeitung, der mit dem 1. Juli beginnen  
soll, kann offenbar kein Abonnement mehr  
geschlossen werden.

Sozialistische Presse. Sachlichkeit für Kommunal-  
politik und Gewerbepraktik. Redaktion Dr. Albert  
Schröder. Berlin. Direktion Bernhard Paul Singer  
G. m. b. H. Berlin. Jetzt erscheint ein Heft  
abonnement des Lagers A. 3. Vierzehnthe 30 P., Be-  
zellungen durch eine Postanstalt, Buchhandlungen, Spe-  
zial- und Fachbücher.

Sozialistisches Vorstellungsbüro bestellbar unter  
Herrn Dr. Albert Schröder. Zugleich ein Vierzehnthe  
am 11. Mai 1913, zu dem Sonntagsgeschenk zum Organisa-  
tionsfest. Preis 25 P. Zu bezahlen durch alle  
Postanstalten.

Die Städte des Sachsenlandes und der Sachsen-  
Spreewald. Sachsenland und der Sachsenwald-  
verein und der Geschäftsführer des Sachsenwaldver-  
eins. Herausg. von Dr. Hof. 32 Seiten. 20 P.  
Berlin und Sachsen-Spreewald.

Ein Redakteur auf dem Sachsenwaldverband hat in der  
Zeitung der Königlich Sachsenischen Bergbau-Akademie der  
Landschaft und Naturkunde und deren Beobachtungen nach der  
Feststellungsergebnisse und den Beobachtungen des  
Sachsenwaldverbandes beschrieben und geht den Sach- und  
Holzgewerben nach der Erfüllung ihrer bester Verhältnisse  
und jenen Stellen, welche auch aus der Geschichte  
gründlich, ausführlich gehen. Die Sachsen-  
Spreewald veranlasst die Reisejetzt. Das Sachsen zum Sachsen-  
Spreewald zu machen.

Sachsenwaldverband. Sachsenwaldverband über  
den 24. Oktober 1912, vom 1. August 1912 bis 20. Juni 1913.  
20 Seiten. Goldpreis.

### An unsere Abonnenten!

Wir ersuchen unsere geehrten Abonnenten, das  
Abonnement für das erste Quartal 1914 der  
„Deutschen Bäcker- und Konditorezeitung“ bei  
der zuständigen Postanstalt jetzt möglichst sofort  
zu erneuern, damit in der Rastellung keine Unter-  
brechung eintrete! Eventuelle Reklamationen  
wegen unterschärfer oder unpräziser Lieferung  
sind gleichfalls zunächst bei der Post zu erheben.  
Der Abonnementspreis pro Quartal beträgt M. 2.

### Die Expedition.

### anzeigen.

### Jahrs-krankenkasse der Bäcker-Zwangsinnung in Berlin.

Montag, den 29. Dezember d. J., nach 3 Uhr,  
über in den „Concordia-Zechen“, Andreasstr. 64, eine

### Wiederhol. Generalsversammlung

der Delegierten statt.

Zusageordnung: 1. Beschlussfassung über die Kranken-  
ordnung. (Verhaltungsmaßregeln für erkrankte Mitglieder.)  
2. Verschiedenes.

Hierzu lädt mit der Bitte um pünktliches Erscheinen  
exgegeben ein:

Berlin, den 12. Dezember 1913

[M. 7.50] Der Vorstand. B. Hahn, Vorsitzender.

Unserm Kollegen A. Küenem nebst seiner Braut

die herzlichsten Glückwünsche

zur Vermählung!

[M. 3]

Zahlstelle Büstringen.

### Bedenkende Brot- und Bubblingpulverfabrik

nicht sofort oder später

[M. 5]

### früchtigen Beisenden

gegen Gehalt, Provision und Spesen, derselbe muss in der  
Bäcker- und Konditorfundschaft gut eingeführt sein und die  
Artikel Backpulver, Cremepulver und Eisepulver usw. seines  
Offerens unter E. D. 2148 befördert Rudolf Mosse, Hannover.

Zur Auffertigung eleganter

### Herren - Garderobe nach Maß

Rudolf Müller, Schneidermeister,  
Zwickau i. S., Annenstr. 39.

### Berliner Bäcker! • Tanz-Unterricht

Schönhauser Allee 28. • Bäcker-Verkehr.

Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.  
Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schulz.

### Nürnberg Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei:

Hans Dorfner, Schneidermeister, Hengasse 2, 1. Et.,  
gegenüber dem Verbandslokal.

### Münchner Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei

G. Preuß, Schneidermeister, Wallerstr. 19/0.

### Zahlstelle Hamburg-Altona.

Donnerstag, den 25. Dezember (erster Weihnachtstag),  
in den Räumen des Gewerkschaftshauses:

### Großer Weihnachtsball.

verbunden mit:

Großer Kuchen- und Bonbon-Tombola,  
Preiskegeln auf 4 Bahnen usw. ::

Saalöffnung 6 Uhr.

Beginn 7 Uhr.

Kartenpreis für Herren 40 Pfg., für Damen 30 Pfg.

Karten sind im Verbandsbureau zu haben.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder nebst ihren werten Damen, Verwandten,  
Freunden und Bekannten herzlichst ein.

Der Vorstand.

### Gesucht gegen Reisefixum und Provision

### 60 Vertreter

für den Verkauf von feinen flüssigen Gewürz-Extrakten und -Farben. Fachleute, also Bäcker und  
Konditoren, bevorzugt. Offerten an A. S. 258 Rudolf Mosse, Magdeburg.

[M. 10]

### Seltene Gelegenheit! • Renommierte Brotsfabrik in

### erster Industriestadt Sachsen

ist mit allem Inventar ertheilungshalber zu vermieten. feste Kundschafft, langfristige  
Verträge mit Ausfällen, kein Borg. Eingerichtete Leute vorhanden, Mieter wird auf  
Wunsch eingerichtet. Umsatz jetzt über 12.000 Mark monatlich; sehr erweiterungsfähig.  
Da Miete sehr billig und infolge der günstigen Umstände nur wenig Kapital erforderlich  
ist, muss diese Offerte als eine seltene Gelegenheit betrachtet werden.

[M. 12]

### Augenbot unter L. C. 2018 an Rudolf Mosse in Chemnitz erbeten.

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Die nicht besondere vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe  
auf die Nachzeitung oder Abendzeitung.)

Sonntag, 21. Dezember:

Großherzoglich: 2 Uhr in der Centraltherberge.  
Berlin: 2 Uhr im „Eros“, Rosenthalstr. 1. — Erfurt:  
3 Uhr „Zum großen Aufhänger“, Schloßhofstr. 9.  
Gotha: 3 Uhr bei Edermann, Thielstr. 16.  
Gera: 24 Uhr im „Opernhaus“, Residenzstr. 44.  
Gotha: 3 Uhr im „Gotha“, „Zu den drei Knäfern“, Oberer  
Markt. — Gotha: 3 Uhr bei Eros, König-Albert-Straße 12.

Sonntag, 22. Dezember:

Gotha: 14 Uhr „Bamberger Hof“, Seminarstraße.

Wittenberg, 24. Dezember:

Großherzoglich: 8 Uhr bei  
Eros, St. Pauli, Schillerstr. 15. — Rostock: 4 Uhr im  
Gesellschaftshaus, Möbiustr. 24. — München: „Non-  
bitzerei“: Im „Ophelia“, „Zum goldenen Löwen“, Friedg.  
Strasse 4. — Dresden: 3 Uhr „Zum Löwen“.

Sonntag, 25. Dezember:

Coburg: 4 Uhr „Zum wilden Mann“, Rosenthalstr.  
Göttingen: 3 Uhr „Zur neuen Welt“, Milchstr. 5.  
Neuwied: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8.  
Stuttgart (Büdner): 8 Uhr in der „Bopserhalle“, Christof-  
orusstr. 24; (Büdner): 8 Uhr in der „Bopserhalle“, Christof-  
orusstr. 24.

Sonntag, 25. Dezember:

Wismar: 10 Uhr, im Gasthaus „Zum Hirsch“. —  
Alsfeld (Generalversammlung): 4 Uhr im Vereinshaus.  
Wuppertal: Beim Krug, Ludwigstraße. — Bochum:  
4 Uhr bei Lohmann, Rottkäppchen, Peterstraße. — Gelsen-  
kirchen: 4 Uhr im „Gotha“, „Zu den drei Knäfern“, Oberer  
Markt. — Freiberg: 3 Uhr im „Gotha“, König-Albert-Straße 12.

— Hemmingen: 4 Uhr bei Lehmann. — Lübeck: 3 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — Bielefeld: 3 Uhr  
in der „Lamberti-Halle“. — Münster: Wilhelmshöhe:  
3 Uhr bei Buddenberg, Rüttenschen, Peterstraße. — Stad-  
hagen: 3 Uhr bei Wedderhahn, Schlossstraße. — Wismar:  
3 Uhr im „Brauerei-Löwen“.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Reider, Hamburg. —  
Büro: Bülowstr. 57. — Verlag von O. Müncke, Hamburg. — Das  
Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kurt & Co. in Han-